

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Statingk in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeb., bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Zeitspalte oder deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Gegen die Parias der modernen Kultur. Die gewaltigen sozialen Katastrophen. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Ueber die Ausdehnung der Unfallversicherung. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. — Situationsberichte. — Eingekauft. — Gerichtl.-Chronik. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

An die süddeutschen Kollegen!

In nächster Zeit wird in Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Baden und Hessen) eine größere Agitationsreise unternommen werden. Den Vertrauenspersonen in den einzelnen Städten wird von dem Eintreffen des Agitators durch diesen frühzeitig Mitteilung gemacht, und ergeht an sie das Ersuchen, sobald sie von dem Eintreffen desselben unterrichtet sind, dafür zu sorgen, daß die Versammlungen rechtzeitig einberufen, wenn nötig, behördlich angemeldet und genügend bekannt gegeben werden, damit dieselben durch recht starken Besuch sich auszeichnen; denn nur stark besuchte Versammlungen tragen wünschenswerthen Erfolg und lassen das für die Agitation verwandte Geld als nicht unnütz verausgaben erscheinen.

Mit kollegialischem Gruß

Joh. Statingk.

Gegen die Parias der modernen Kultur.

Ein furchtbarer Fluch des Kastengeistes ist im fernem Indien seit Jahrtausenden wirksam. Die „gemeinen“ Bewohner jenes Landes, die Parias, werden als nicht von Gott Drama erschaffen angesehen und deshalb auf das Tiefste verachtet und verachtet. Sie gehen geradwegs als die Auswurf des Volkes. In Städten oder Dorfgemeinden sich niederzulassen, ist ihnen verboten; sie müssen in Wäldern und Wüsteneien hausen, oder unflät umherziehen. Der bevorzugte Kastenmann darf sich straflos jegliche Gewaltthat gegen sie erlauben. Wehe ihnen, wenn sie es wagen, ein bürgerliches Haus zu betreten! Schwere Mißhandlung, wohl gar der Tod ist ihnen gewiß, denn man glaubt, daß sie jegliches Ding durch ihre bloße Berührung schänden und verpesten.

Weshalb wir dieses schneulichen Wahnsinns hier Erwähnung thun? Deshalb, um daran die Frage zu knüpfen: ob die christlichen Kulturnationen sich rühmen dürfen, daß sie über derartige Ausgeburt der Unvernunft und der Inhumanität wirklich hoch erhaben sind.

Wir beantworten diese Frage mit einem energischen „Nein!“ In allen Staaten der modernen Kultur hat die arbeitende Armuth immer noch ein Unmaß von Verachtung zu erleiden seitens weiter Kreise, die für sich die Repräsentation der sogenannten „besseren“ und „gebildeten“ Gesellschaft in Anspruch nehmen. Die Lehre des Christenthums von „Brudertum“ und „Nächstenliebe“ und der „Gerechtigkeit gegen alle Menschen um Gottes willen“ hat nicht vermocht, das Pariahum der Armuth und den Hochmuth des Reichthums zu beseitigen. Nicht darüber wollen wir hier uns auslassen, wie man dem armen, in Erziehung und Bildung geflissentlich größtlich vernachlässigten Proletar im gesellschaftlichen Verkehr vielfach zu begegnen pflegt, — nein, wir wollen die Aufmerksamkeit unserer Leser der Thatsache zuwenden, daß eine gewisse Richtung christlich-staatsmännlicher Weisheit bemüht ist, für die ärmsten und elendesten der Proletarier eine

nöthig schändlichere Behandlungsweise einzuführen, als der indische Paria sie zu erdulden hat.

Der Begriff der Menschenwürde gilt für unsere vom Kapitalismus beherrschte Gesellschaft nicht, sobald es sich dabei um die vielen Millionen handelt, die dazu verurtheilt sind, zu arbeiten und doch arm und elend zu bleiben. Der Arbeiter ist für das kapitalistische System nicht Mensch, sondern das Mittel zum Zwecke der persönlichen Bereicherung; er wird nicht gewerthet nach seiner Menschenwürde, seinem Menschenrecht, sondern nach der Fähigkeit, sich ausbeuten zu lassen in fremdem Interesse, wie das Thier, wie die Maschine. Die Armuth der arbeitenden Massen ist erste Voraussetzung der „Prosperität“ des Kapitals.“ Schonungslos verweist letzterer die Volkskraft; sein Ausbeutungssystem bewirkt eine immer mehr fortschreitende Verarmung, aber zugleich auch physische und geistige Degeneration der Massen. Es ist eine Begleitercheinung dieses Prozesses, daß immer ein großer Theil der befristeten Proletarier in der Situation weit über die Grenzen des Heimatlandes hinaus begriffen ist. Nach fremden Ländern ergießen sich Ströme von Auswanderern, in der Hoffnung, dort eine neue Heimath, ein besseres Loos zu finden.

So auch nach England. Dort hat nun, wie wir mitgetheilt haben, der Führer der Konservativen, Lord Salisbury, im Oberhause einen Gesetzentwurf zur „Reform“ der Fremdenpolizei eingebracht, welcher, wenn man absieht von dem speziell gegen die Anarchisten gerichteten Theile desselben, sich darstellt als eine furchtbar brutale Maßregel gegen diejenigen Armen, die durch die Verhältnisse gezwungen worden sind, die heimathliche Scholle zu verlassen und unter einem fremden Himmelsstrich ihr Glück zu versuchen. Verarmte, Wahnsinnige und Ibioten sollen am Lande verhindert werden, damit sie dem stolzen und reichen England nicht zur Last fallen. Lord Salisbury kann sich allerdings darauf berufen, daß solch' ein barbarisches Gesetz bereits im „freien“ Nordamerika besteht, dem als Motto der bekannte Vers vorzulegen ist:

„Wenn Du aber garnicht hast,
Mensch, so laß Dich begraben, —
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur die etwas haben.“

In Wirklichkeit soll das Salisbury'sche Gesetz allerdings noch ganz anderen Zwecken dienen, als den angegebenen. Völlig Verarmte sind in den seltensten Fällen in der Lage auszuwandern. Zutreffend wies dieser Tage die Berliner „Volkszeitung“ darauf hin, daß das menschliche Treibholz, welches der Auswandererstrom vom europäischen Kontinent nach England und weiterhin nach Amerika führt, zumest noch kernig ist und ein gutes Baumaterial liefert. Diejenigen, die den heimathlichen Staub von den Füßen schütteln, besitzen immer noch einen Zehrpennig, denn die Reise kostet Geld, viel Geld, und, was kostbarer als der Zehrpennig ist, sie besitzen noch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und einen guten Willen zur Arbeit.

Salisbury's Gesetzentwurf geht darauf aus, den Fremden nach seinem Rod zu beurtheilen. Wer in der Heimath seine Schweißrechnung nicht begleichen und überdies alle Welt angepömpelt hat, soll nach dem Gesetz in England willkommen sein, denn seinem Neuzugler nach gehört er weder zu den Verarmten, noch zu den Ibioten; wer aber im Arbeitsmittel das Land betritt, der soll zurückgewiesen werden, denn der Arbeitsmittel ist kein Festtagskleid, und wer kein Festtagskleid besitzt, ist nicht würdig, Englands Boden zu betreten! Dem eleganten Hochstapler wird es Niemand verwehren,

den Schauplatz seiner Thätigkeit nach England zu verlegen, der ehrliche Arbeiter dagegen muß vorerst nachweisen, daß er ein verkapptes Familienmitglied der Nothschilb, Wandervogel etc. etc. ist. Das ist die Logik des Gesetzentwurfs und die Quintessenz der Staatsweisheit eines konservativen Politikers!

Lord Salisbury, den seine Geburt davor bewahrt hat, zu erfahren, wie weh der Hunger thut, wenn man Nichts zu heißen und zu brechen hat, wie leicht garrnicht, wie grausam, wie unmenschlich sein Bestreben ist. Er hat vielleicht niemals in seinem Leben einen Auswandererzug beobachtet, obwohl er doch in seinem eigenen Vaterlande reichlich Gelegenheit hat, die Seufzer und Flüche der Beländer zu hören und ihre Thränen zu sehen, wenn sie hinausziehen in die Fremde, in die weite Welt.

Man muß immer wieder auf die Frage zurückkommen: Wer wandert vom Festlande nach England aus? Almosenempfänger können die Reiseflosten nicht bestreiten, selbst Fabrikarbeiter stellen nur ein sehr geringes Kontingent. Es sind meistens gelehrte Handwerker und Kaufleute, die in England ihr Fortkommen suchen. Doch halt! Es giebt doch wirkliche „Baupere“, morsches, abgenutztes Treibholz, das an die englische Küste geworfen wird. Von Amerika her strömen die amerikanisirenden Engländer und Iren in das Land ihrer Geburt zurück, aber dieses soll sie nicht mehr aufnehmen dürfen. Ihnen gegenüber wird sich die englische Engberzigkeit in ihrer erschreckendsten Gestalt zeigen. Es ist eitel Heuchelei, wenn Salisbury auf den europäischen Kontinent hinweist und Lord Rosebery, der sogenannte Demokrat, verständnißförmig nickend ausruft: „Wenn andere Nationen (nur Amerika) hat verglichen. Neb.) Gesetze erlassen, um unerwünschte Ausländer fern zu halten, werden wir eine Ablagerungsstätte der Welt werden, indem die schlimmsten Leute des Festlandes auf unser Ufer geworfen werden.“

Den Parias Indiens läßt man wenigstens noch Raum auf einer Scholle Boden. Aber für die Parias der christlichen Kulturstaaten soll kein Platz sein im „freien“ Amerika und im „freien“ England. Erst schafft die moderne Kultur sich ihre Parias durch die kapitalistische Ausbeutung — und dann machen die Vertreter dieses fluchwürdigen Systems, sich berufen auf „Ordnung“ und „Recht, die Elendesten der Elenden heimathlos!

Die bevorzugten Kastenmenschen in Indien, welche den Paria verachten und mißhandeln, folgen dabei einem allerdings schrecklichen, aber doch insoweit entschuldlichen religiösen Wahn, als sie für denselben nicht verantwortlich zu machen sind. Die Gesetzgeber der christlichen Kulturstaaten aber, die der vom Kapitalismus erzeugten Armuth ihr Antheil an der gemeinsamen Mutter Erde verweigern, sie völlig zu Ausgestoßen der Gesellschaft machen wollen, — sie sind bewußte Verbrecher an der Menschheit, schamlose Schänder des Menschthums! Die Verbrecher des Anarchismus verschwinden gegenüber dem ihnen.

Die gewaltigen sozialen Katastrophen.

Die in den letzten Wochen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Ausbruch gekommen sind, die Massenstreiks von beispielloser Ausdehnung, welche zu einem förmlichen Bürgerkrieg führten geben einem Theile der deutschen bürgerlichen Presse Anlaß, in ihrer bekannten wässrigen und fanatischen Weise auf die Arbeiter zu schimpfen und die räthselhaften

Unterdrückung ihrer Bestrebungen und Organisationen zu fördern.

Das dabei auch schamlos und — herzlich bumm gelogen und verleumdet wird, versteht sich von selbst. — Es fällt jenen „ordnungspartheilichen“ Blättern garnicht ein, vorurtheilfrei die Ursachen dieser Katastrophen zu erforschen; sie greifen die Begleiterercheinungen; die Gewaltthaten, heraus, um dem Speißbürger Angst zu machen vor der „entfesselten Bestie“. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiterpresse sich die Aufdeckung der Ursachen angelegen sein läßt, wobei nicht verschwiegen werden soll, daß einzelne bürgerliche Blätter ebenfalls in dieser Rücksicht der Wahrheit die Ehre geben.

Da ist zunächst der Kohlenarbeiterstreik in Pennsylvanien, Ohio, Illinois, Indiana und einigen anderen Staaten der Union, welcher vor dem Eisenarbeiter-Auslande wochenlang das öffentliche Interesse in Anspruch nahm. In diesem Streik waren etwa 180 000 Arbeiter beihelligt. Kapitalistische Blätter logen, diese Arbeiter seien von Sozialisten oder Anarchisten „aufgehört“ worden.

Und doch war es nur ein ohne all und jede „Verhütung“ entflammter Verzweiflungskampf der maßlos ausgebeuteten und unterdrückten Proletarier.

Ein vom Chicagoer „Gerald“ nach den Kohlenrevierern Illinois entandener Berichtsfasser schrieb darüber:

Diese Leute wohnen meistens in elenden Hütten und sind wie Tiere zusammengepfercht. Der Boden, den sie für ihre geringe unterirdische Arbeit erhalten, läßt es nicht zu, daß sie bessere Wohnungen mieten können, und sie können nur solche Nahrung kaufen, welche die meisten Menschen sich scheuen würden, den Hunden vorzusetzen. Sie brauchen wenig zum Leben, aber die lange Arbeitslosigkeit hat ihren letzten Sparfennig aufgefressen.“

Ueber die Zustände in den betreffenden Kohlenbezirgen Pennsylvanien's schrieb ein anderes bürgerliches Organ, das Pittsburg'sche „Volkblatt“, Folgendes:

„Eines heißt sich: Niemals ist ein Streik für eine gerechtere Sache geführt worden, als der Ausbruch der Coalearbeiter. (Die Coalearbeiter erhalten zum Lohn einen festen Tagelohn, zum Theil Bezahlung nach Waggongeladungen; sie sind die am schlechtesten bezahlten Arbeiter in der Kohlenindustrie, haben aber eine befriedigendere Beschäftigung wie die Gräber.) Es ist dies kein Kampf für verkürzte Arbeitszeit, kein Streben nach exorbitanten Löhnen, kein Ringen einer Arbeiter-Union gegen Bergverwaltung seitens der Arbeitgeber — nein, dies Alles ist es nicht. Männer, Frauen und Kinder haben nur deshalb sich freiwilligen Willigung ergeben, weil sie den schnellen dem langsamen Hungertod vorziehen; die Coalearbeiter streiten, um einen derartigen Lohn zu erzielen, der es ihnen wenigstens ermöglicht, durch einfache Kost Leib und Seele zusammenzuhalten. Bei den bisherigen Löhnen — dies ist bewiesen — war dies unmöglich.“ — Ueber die Zustände in Ohio und West-Pennsylvanien heißt es in dem Berichte eines Unbekannten: „Diese Leute müssen freizeiten; denn sie können einfach mit dem Lohn nicht leben, den sie bei der Rate von 50 Cents pro Tonne erhalten. Familienväter mit sechs oder sieben Kindern verdienen in Hodon Valley und im Sunbury Creed 40 Cents den Tag, und ich kann Ihnen aus den offiziellen Angaben der Unternehmer zeigen, daß Leute seit Monaten im Durchschnitt weniger als 50 Cents per Tag verdienen.“

Der Anarchismus, seine Theorien und Gesichte.

(Fortsetzung.) Auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu St. Gallen (2. bis 8. Oktober 1887) wurde über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Anarchisten debattirt; dabei machte der sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht als Berichtsfasser folgende Ausführungen, deren vollkommene Richtigkeit durch die spätere Ereignisse bestätigt wurde: „Die Elemente, welche uns noch als „Anarchisten“ entgegenreten, sind in drei Kategorien zu theilen: 1. Die Sympel und agents provocateurs, die den Verhältnissen entsprechend, sehr zahlreich sind, aber hier nicht in den Kreis der Betrachtung kommen. 2. Die Verbrecher, Menschen, die Raubmord und Brandstiftung begehen, sind gemeine Verbrecher, auch wenn sie ihren Verbrechen ein anarchisches Manöver umhängen. Doch gemeine Verbrecher sind als Träger einer höheren Idee aufzufassen, ist nichts Neues, und daß in politisch erregten Zeiten herrschende Ideen auch auf Verbrecher einen Einfluß werfen können, liegt in der Natur der Dinge. Der Mord, welcher die Veränderung eines Mitmenschen zum Zweck hat — eine Brandstiftung, durch die eine Feuerversicherungsgesellschaft betrogen werden soll — der Diebstahl und ähnliche Handlungen bleiben gemeine Verbrechen, und wenn noch so emphatisch behauptet wird, sie seien im Dienste des Anarchismus verübt. Allerdings erleidet der Sozialist auch in dem gemeinen Verbrecher ein Opfer der Revolution und machen wir diese für ihn verantwortlich. Das revolutionäre Volk hat dies stets begriffen und in den Tagen des Kampfes den Spießhaken und Hiebwerk das Handwerk erfolgreich zu legen gewußt. Also auch diese Elemente kommen hier nicht in Betracht. Es bleiben 3. die Anhänger der sogenannten „Propaganda der That“, d. h. die Anhänger der Lehre, daß durch individuelle, verzehelte Aktion, durch individuelle Anwendung der Gewalt, durch Attentate und Mord eine Revolution gemacht und die Befreiung der Menschheit bewerkstelligt werden könne. Die Befürworter der „Propaganda der That“ zerfallen in zwei Abtheilungen. Die Schwabdonneure und Anarchisten — Praktiker, die ihre Heiligkeit und Schwärze hinter Kratypyralen verdecken. Diese Anarchisten, welche im Jahre 1848 auf allen Vorkämpfern „Fürstenkellerer“ trieb, verpflanzte jetzt ihre Abwechselung Bourgeois und redet dynamisch. Sie ist sehr laut und an sich ganz harmlos, obgleich nicht verkannt werden darf, daß sie den Feinden der Arbeitssache die Herausbeschwörung des „rothen

Rechts“ erwidert. Einmal in Betracht kommen für uns nur jene lebensschafflichen Naturen, in denen das Gefühl erhellten Unrechts alle anderen Gesühle beherrscht und alle Rücksichten zurückdrängt — sanftliche, kräftige, tüchtige Naturen, denen der revolutionäre Entwicklungsprozeß zu lange dauert und die in ihrer Ungeduld den Sieg des Proletariats nicht abzuwarten wollen. Im Bewußtsein ihrer persönlichen Kraft glauben sie durch ihr persönliches Handeln, durch Anwendung von Gewalt die erlebte Revolution herbeiführen zu können. Diese Anschauung ist psychologisch leicht zu erklären, allein sie ist nicht richtig, beruht auf einer falschen Auffassung des Begriffes Gewalt und der geschichtlichen Bewegungsgesetze. Wohl war die Gewalt bisher die Schutzherrscherin neuer Gesellschaften; aber nur weil die alten Gesellschaften sich mit Gewalt dem sein Recht fordernden Neuen widersetzten. Die Gewalt macht keine Revolution und ist überhaupt nicht revolutionär. Im Gegenheil: die Feinde der Revolution haben sich stets auf die Gewalt gestützt. „Gewalt geht vor Recht“ ist kein revolutionärer Satz und „Blut und Eisen“ ist kein revolutionäres System. Der Waffensystem war nicht die französische Revolution, er war bloß nöthig zu ihrer Verteidigung. Die Gewalt ist weit häufiger ein reaktionärer, als revolutionärer Faktor gewesen, wie ein Bild in die Geschichte zeigt. Die neuen Ideen haben stets die Gewalt gegen sich. Wäre die Gewalt allmächtig, so hätte es nie eine Revolution gegeben. Unsere heutigen reaktionären Gewaltthaten, welche gleich den Anarchisten an die Allmacht der Gewalt glauben, sind glücklicherweise im Irrthum befangen. Jede Gewaltthat bringt zusammen, sobald ihre ökonomischen Nachbedingungen gesammelt sind. Und diese Nachbedingungen sind nicht in der Macht einzelner Personen. Es ist Wunderglaube, zu meinen, ein Mensch könne mit „Blut und Eisen“ oder durch eine Dynamitbombe nach Belieben die Staats- und Gesellschaftsform ändern. Macht ist nicht Gewalt. Der Macht der ökonomischen Entwicklung gegenüber ist die Gewalt Ohnmacht. Verzweiflung bricht Einzelner sind keine revolutionäre Taktik. Wer ohne Macht an die Gewalt appellirt, nicht nur den Gewaltthaten, sondern die Chicagoer Anarchisten nicht ausgesprochen, daß die historische Bombe des Mai 1886 die Interessen des arbeitenden Volkes gefährdet habe? Beschuldigen sie nicht die Feinde des Volkes, jene Bombe geworfen zu haben; und ist es nicht Thatsache, daß diejenigen, welche am tollsten den Krutur der Gewalt predigten, sich schließlich als Agenten der Gewaltthaten entpuppten? Ob die Gewalt notwendig ist für die Befreiung der sozialistischen Gesellschaft, ist eine müßige Frage, weil

es nicht in unserer Hand liegt, sie zu entscheiden. Die Entscheidung liegt bei den Gewaltthaten. Mit der Lohnlaverei wird es gehen wie mit der Negerslaverei in den Vereinigten Staaten. Lange war es nur eine Minderheit, welche die Gemein-schädlichkeit der Slaverie begriff. Allmählig trat diese Gemein-schädlichkeit so groß und greifbar zu Tage, daß die Massen des Volkes sie begriffen, und dann bedurfte es nur eines Anstoßes, um den Stein in's Rollen zu bringen. Die That des alten John Brown, der freiwillig den Martyrdom wählte, entzündete den Volksthor. Es war an der Zeit. Das war auch „Propaganda der That“, aber auch die Saat war reif. Die Gewaltthaten wurden Rebellen; sie lehnten sich auf gegen den Spruch des Volkes, und die souveräne Macht des Volkes schlug die Gewalt-haber mit deren eigenen Waffen, d. h. mit Gewalt. Ähnlich mit der Lohnlaverei. Jetzt ist es eine Minderheit, welche ihre Gemein-schädlichkeit begriffen hat; diese Minderheit wächst beständig, weil die Gemein-schädlichkeit der Lohnlaverei und des ganzen auf ihr beruhenden Gesellschafts- und Staatssystems immer größer und greifbarer zu Tage tritt, in immer weiteren Kreisen sich sichtbar macht, und mit der Unerbittlichkeit des antiken Schicksals naht der Tag, wo die Massen des Volkes die Gemein-schädlichkeit der Lohnlaverei ebenso begriffen haben, wie wir schon das amerikanische Volk die Gemein-schädlichkeit der Negerslaverei. Und dann haben die Gewaltthaten zu entscheiden, ob sie dem Gebot der Vernunft und Gerechtigkeit folgen oder an die Gewalt appelliren wollen. Inzwischen werden wir die Hände nicht in den Schoß legen. Aber nicht durch Thaten und Attentate können wir den Sieg unserer Sache beschleunigen; sondern nur durch Mittel, die unsere Macht vermehren. Im Volke liegt die Macht. Die Volksmassen müssen wir moralisch erobern. Mit Vernunft läßt sich ein Putsch machen — zu einer Revolution bedarf es der im Volk gedungenen Ueberzeugung, daß das Lebensinteresse der Massen den Bruch mit der Vergangenheit erfordert. Es gilt, Klarheit zu bringen in die Köpfe; der Putsch wird sich schon finden. Also Propaganda, Erweckung der Volkseifer. Darlegung der Verwerflichkeit des heutigen Systems. Und wir selbst müssen lernen, wenn wir erfolgreich wirken wollen; drum ist unsere Lösung: Agiliten, organisierten, fundieren.

„Der Parteitag erklärt die anarchische Gesellschaftstheorie, so weit derselbe die absolute Autonomie des Individuums erhebt, als unhaltbar, für nicht im Interesse als eine einseitige Ausgestaltung der Grundgedanken des bürgerlichen Liberalismus, wenn sie auch in ihrer Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung

es nicht in unserer Hand liegt, sie zu entscheiden. Die Entscheidung liegt bei den Gewaltthaten. Mit der Lohnlaverei wird es gehen wie mit der Negerslaverei in den Vereinigten Staaten. Lange war es nur eine Minderheit, welche die Gemein-schädlichkeit der Slaverie begriff. Allmählig trat diese Gemein-schädlichkeit so groß und greifbar zu Tage, daß die Massen des Volkes sie begriffen, und dann bedurfte es nur eines Anstoßes, um den Stein in's Rollen zu bringen. Die That des alten John Brown, der freiwillig den Martyrdom wählte, entzündete den Volksthor. Es war an der Zeit. Das war auch „Propaganda der That“, aber auch die Saat war reif. Die Gewaltthaten wurden Rebellen; sie lehnten sich auf gegen den Spruch des Volkes, und die souveräne Macht des Volkes schlug die Gewalt-haber mit deren eigenen Waffen, d. h. mit Gewalt. Ähnlich mit der Lohnlaverei. Jetzt ist es eine Minderheit, welche ihre Gemein-schädlichkeit begriffen hat; diese Minderheit wächst beständig, weil die Gemein-schädlichkeit der Lohnlaverei und des ganzen auf ihr beruhenden Gesellschafts- und Staatssystems immer größer und greifbarer zu Tage tritt, in immer weiteren Kreisen sich sichtbar macht, und mit der Unerbittlichkeit des antiken Schicksals naht der Tag, wo die Massen des Volkes die Gemein-schädlichkeit der Lohnlaverei ebenso begriffen haben, wie wir schon das amerikanische Volk die Gemein-schädlichkeit der Negerslaverei. Und dann haben die Gewaltthaten zu entscheiden, ob sie dem Gebot der Vernunft und Gerechtigkeit folgen oder an die Gewalt appelliren wollen. Inzwischen werden wir die Hände nicht in den Schoß legen. Aber nicht durch Thaten und Attentate können wir den Sieg unserer Sache beschleunigen; sondern nur durch Mittel, die unsere Macht vermehren. Im Volke liegt die Macht. Die Volksmassen müssen wir moralisch erobern. Mit Vernunft läßt sich ein Putsch machen — zu einer Revolution bedarf es der im Volk gedungenen Ueberzeugung, daß das Lebensinteresse der Massen den Bruch mit der Vergangenheit erfordert. Es gilt, Klarheit zu bringen in die Köpfe; der Putsch wird sich schon finden. Also Propaganda, Erweckung der Volkseifer. Darlegung der Verwerflichkeit des heutigen Systems. Und wir selbst müssen lernen, wenn wir erfolgreich wirken wollen; drum ist unsere Lösung: Agiliten, organisierten, fundieren.

„Der Parteitag erklärt die anarchische Gesellschaftstheorie, so weit derselbe die absolute Autonomie des Individuums erhebt, als unhaltbar, für nicht im Interesse als eine einseitige Ausgestaltung der Grundgedanken des bürgerlichen Liberalismus, wenn sie auch in ihrer Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung

beherrschen, daß sie die Maß Garrison's ermöglicht haben und daß sie seit Jahren die mächtige Handelsstadt Chicago aus-plündern. Das amerikanische Eisenbahnenwesen ist, wie der bekannte englische Journalist Sted sich jüngst ausdrückte, die „Käselecker des Kapitalismus“. Die Stanger-Bewegung, die Farmer-Allianz, die Bildung der Populisten-Partei und die „Industrie-Armee“ der Coeytiten — alle diese Bewegungen sind im Grunde gegen die Alles überwaltende Macht der Eisenbahnen gerichtet. Gewaltthätig ist sich nun anarchie der hungernden Elemente, insbesondere in einer aus so verschiedenen Elementen zusammengesetzten Stadt wie Chicago, sind nur eine Folge der Ueber- und Tyrannei des Monopols.“

Ebenso stellt die ultramontane „Katholische Volks-Zeitung“ diese sozialen Kämpfe als die Folge der Herrschaft einer zügellosen Plutokratie hin.

In einer Studie über die „Vertheilung des Reichthums in den Vereinigten Staaten“, theilte unlängst das amerikanische „Political Science Quarterly“ mit, daß von dem Gesamtreichthum der Union, der auf 68 000 Millionen Dollars veranschlagt werde, allein 71 pZt. im Besitze von nur 9 pZt. der Bevölkerung sich befänden, während 91 pZt. der Bevölkerung nur 29 pZt. des Nationalreichthums besäßen. Innerhalb der Klasse der Reichen, welche über 71 pZt. des Nationalvermögens verfügt, haben aber wieder 4047 Millionär-Familien beinahe den dritten Theil jener 71 pZt. des Nationalvermögens in ihrem Besitze.

Die „North American Review“ (ebenfalls kein Arbeiterblatt) bemerkt zu dieser Statistik:

„Wir haben eine Plutokratie, die bei Weitem wohlhabender ist als irgend eine Aristokratie, die jemals am Horizont der Weltgeschichte aufgetaucht ist und die in einer verhältnißmäßig viel kürzeren Zeit emporgekommen ist. Die Massen ihrer Mitglieder glänzen — zwar nicht auf den Wäldern der Wahm-geschichte ihrer Nation, sondern auf denen der Speculation; ihre Thätigkeit stellt kein Ringen für die Vertheilung des Vaterlandes dar, sondern nur für dessen Ausbeutung; sie legen keine Länge für die Magna Charta ein, sondern nur für Eisenbahn-Aktien; es ist eine Plutokratie, die den Preis des Brotes kontrollirt, das wir essen, den Preis des Bieres, der uns unseren Rausch und Lüge genießbar macht, den Preis des Thees, das uns unseren Weg erhell, ja den Preis der Särge sogar, in denen wir schließlich begraben werden.“

Die kapitalistische Gesellschaft erntet, was sie gesät hat. Sie treibt das ethische arbeitende Volk durch die schändlichsten Ausbeutungs-Methoden zur Verzweiflung — und dann jammern die Herren Kapitalisten in „füßlicher Entrüstung“ über die „verführte“ Masse, in der das Gefühl des Menschenrechts rebellisch wird. Aber an wirtschaftliche und soziale Reformen denken sie nicht; die würden ja ihren Profit schmälern. Die jüngsten Vorgänge in America sind um so beachtenswerther, als die Sozialdemokratie dort auf die Massen einen nennenswerthen Einfluß bis jetzt nicht hat. Aber sie wird ihn gewinnen und dann werden die Massen einsehen, daß dort nur eine gründliche politische Aktion helfen kann. Die Herrschaft des Geldsacks in Parlament und Verwaltung muß gestürzt werden. So lange das nicht geschieht, wird dem amerikanischen Volke nicht geholfen sein.

es nicht in unserer Hand liegt, sie zu entscheiden. Die Entscheidung liegt bei den Gewaltthaten. Mit der Lohnlaverei wird es gehen wie mit der Negerslaverei in den Vereinigten Staaten. Lange war es nur eine Minderheit, welche die Gemein-schädlichkeit der Slaverie begriff. Allmählig trat diese Gemein-schädlichkeit so groß und greifbar zu Tage, daß die Massen des Volkes sie begriffen, und dann bedurfte es nur eines Anstoßes, um den Stein in's Rollen zu bringen. Die That des alten John Brown, der freiwillig den Martyrdom wählte, entzündete den Volksthor. Es war an der Zeit. Das war auch „Propaganda der That“, aber auch die Saat war reif. Die Gewaltthaten wurden Rebellen; sie lehnten sich auf gegen den Spruch des Volkes, und die souveräne Macht des Volkes schlug die Gewalt-haber mit deren eigenen Waffen, d. h. mit Gewalt. Ähnlich mit der Lohnlaverei. Jetzt ist es eine Minderheit, welche ihre Gemein-schädlichkeit begriffen hat; diese Minderheit wächst beständig, weil die Gemein-schädlichkeit der Lohnlaverei und des ganzen auf ihr beruhenden Gesellschafts- und Staatssystems immer größer und greifbarer zu Tage tritt, in immer weiteren Kreisen sich sichtbar macht, und mit der Unerbittlichkeit des antiken Schicksals naht der Tag, wo die Massen des Volkes die Gemein-schädlichkeit der Lohnlaverei ebenso begriffen haben, wie wir schon das amerikanische Volk die Gemein-schädlichkeit der Negerslaverei. Und dann haben die Gewaltthaten zu entscheiden, ob sie dem Gebot der Vernunft und Gerechtigkeit folgen oder an die Gewalt appelliren wollen. Inzwischen werden wir die Hände nicht in den Schoß legen. Aber nicht durch Thaten und Attentate können wir den Sieg unserer Sache beschleunigen; sondern nur durch Mittel, die unsere Macht vermehren. Im Volke liegt die Macht. Die Volksmassen müssen wir moralisch erobern. Mit Vernunft läßt sich ein Putsch machen — zu einer Revolution bedarf es der im Volk gedungenen Ueberzeugung, daß das Lebensinteresse der Massen den Bruch mit der Vergangenheit erfordert. Es gilt, Klarheit zu bringen in die Köpfe; der Putsch wird sich schon finden. Also Propaganda, Erweckung der Volkseifer. Darlegung der Verwerflichkeit des heutigen Systems. Und wir selbst müssen lernen, wenn wir erfolgreich wirken wollen; drum ist unsere Lösung: Agiliten, organisierten, fundieren.

Wirtschaftlich-sozialer Handwerker.

Das Oberbürgermeisteramt in Bonn... Die Kreisverwaltung, betreffend die Entwürfe für den Bau einer neuen Rheinbrücke zwischen Bonn und Bittlich.

Bei der Gewerbegeheimwahl in Hünnerwalde wurden sowohl von den Arbeitern wie von den Unternehmern die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Ein Gewerbegericht hat nun auch Heilbronn errichtet, nachdem ein Arbeitsamt für Arbeiter und Diensthöfen am 1. Oktober dieses Jahres in Betrieb getreten ist.

Die Arbeiterbewegung in Berlin... Die Arbeiterbewegung in Berlin hat sich in den letzten Jahren sehr lebhaft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in Berlin... Die Arbeiterbewegung in Berlin hat sich in den letzten Jahren sehr lebhaft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in Berlin... Die Arbeiterbewegung in Berlin hat sich in den letzten Jahren sehr lebhaft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in Berlin... Die Arbeiterbewegung in Berlin hat sich in den letzten Jahren sehr lebhaft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in Berlin... Die Arbeiterbewegung in Berlin hat sich in den letzten Jahren sehr lebhaft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in Berlin... Die Arbeiterbewegung in Berlin hat sich in den letzten Jahren sehr lebhaft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in Berlin... Die Arbeiterbewegung in Berlin hat sich in den letzten Jahren sehr lebhaft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in Berlin... Die Arbeiterbewegung in Berlin hat sich in den letzten Jahren sehr lebhaft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in Berlin... Die Arbeiterbewegung in Berlin hat sich in den letzten Jahren sehr lebhaft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in Berlin... Die Arbeiterbewegung in Berlin hat sich in den letzten Jahren sehr lebhaft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in Berlin... Die Arbeiterbewegung in Berlin hat sich in den letzten Jahren sehr lebhaft entwickelt.

Arbeitslosen zugewandt werden, damit sie sich nicht sofort wieder den Großbetrieben zuwenden und dort der Partei der Sozialisten helfen, gegen die Hoffnung, daß sie die in Anspruch genommene freundliche Unterstützung einer Einrichtung nicht vertragen werden, durch die wir hoffen, eine gute sozialistische Idee in die Tat umzusetzen.

Je länger die jungen Arbeiter der Sozialdemokratie fern bleiben, desto länger ist Aussicht vorhanden, ihnen den deutschen Sinn zu erhalten und ihr Standesbewußtsein nicht nur zu heben, sondern auch zu erhalten.

Andem wir noch bemerken, daß wir nur diejenigen unserer jungen Kameraden empfehlen werden, die sich einer guten Führung befähigt haben, und daß unsere Vermittlung eine nach beiden Seiten hin unentgeltliche sein wird, so können wir es.

Die Vorteile der Verwendung von militärisch dressierten Arbeitern werden offensichtlich selbst dem bloßen Betrachter der Zinnungsmittelheraus einleuchtend sein. Immerhin scheint uns der Arbeitsnachweis der ehmaligen Gardisten noch verbesserungsbedürftig. Wäre es nicht ratsam, den Zinnungsmitteln die Möglichkeit der dem Verein besorgten Arbeiterschaft durch eine Bestimmung zu garantieren, wonach Jeder, der durch drei Tage Militärarbeit aufgebrochen bekommt? Als Arrestkollat Münten verweigert die Keller der bayerischen Brauereien verwendet werden, deren Biergüter sich jetzt mangels nützlicherer Beschäftigung den weltweitzerrichtlichen Erwerbungen hingeben.

Ueber die Organisation des Handwerks enthält der „Handwerker“ einige unklare Mitteilungen. Danach soll der Forderung auf Einführung des Beschäftigungs- nachweises nicht entsprochen, dagegen den Männern der Handwerker auf Einführung der Zwangsinnung voranschrittlich weiter entgegenkommen werden, als bisher sich angebahnt erachtet wurde. Gleichwohl scheint man aber auch wieder damit zu rechnen, daß der Beschäftigung der Beschäftigten als Voraussetzung für die Zulassung der Innung in das Gesetz eingefügt werden.

Endlich das Mittel zur gründlichen Sozialistenverteilung. Der „Allgemeine Arbeiter“ für die Stadt Weiden D. Schl. hat ein Mittel erdacht, um die sozialistische Propaganda in Dörfern mit einem Schlage zu vernichten. Das einfachste Mittel hierzu ist:

Sie im Industriebetrieb ist der Sache augenblicklich noch ein sehr schnelles Ende zu bereiten, auch ohne Sozialistengesetz. Erst schicke man die Schnapstropfen und auch die Pastillen zum Schnaps von auswärtigen an Privats, dann lasse man die genügende Anzahl von Soldaten einrücken, dann hebe man alle Aufwiegler auf und lehre sie in Afrika ihr Regimental bei den Wilden versuchen. Die werden sie möglicherweise „zum Fressen“ liegenommen, und dann werfe man den großen Massen das Schicksal und Vermerkliche ihres Beginnes, wie das Ungerechteste ihrer Forderungen nach. Sollte sich dann noch ein Sozialist mit ihrer Ernüchterung für notwendig erweisen, dann greife man möglichst zur völligen Arbeitslosenstellung auf Boden.

Es ist schwer, zu sagen, was größer ist, die Einfältigkeit oder die Unbegreiflichkeit der antilichen Angelegenheiten. Eine Antwort auf die Frage, wer zum Klassenhass heft, erbringt sich.

Das „Allgemeine Arbeiter“... Eine sonderbare Beschwerde haben nach der „Post“ die Rittergutsbesitzer von Lechtitz-Steinbock, von Ruffen-Rombarbock und von Rabenau-Woidorf an das Landratsamt zu Goldberg-Bayern gerichtet. In dem Schriftsatz besagen diese Herren, daß aus ihren Forsten unangelegentlich Holz geschlagen werde und zwar durch das „böhmische Proletariat“.

Sogar mit Wagen keine die Leute und ganze Stämme würden weggeholt. Die Herren eruchen schließlich das Landratsamt, die städtischen Behörden in Bayern anzuhalten, Maßregeln zum Schutze ihres Eigentums zu treffen. Diese Beschwerde ist dem Magistrat in Bayern zur Verfügung unterbreitet worden. In der Antwort ist namentlich auch die Art und Weise, wie sich das böhmische Proletariat

aus dem Bezug von Rinde ergänzt, sehr beleuchtet und nachgewiesen worden. Die städtischen Gemeinden sind ihres Proletariats so viel als möglich zu entledigen, indem den Leuten Geld gegeben wird, daß sie nach der Stadt ziehen können. Gerade in Bayern lassen sich zahlreiche Fälle nachweisen, daß man für solche Leute, die den städtischen Aufenthalt mit der Stadt vertauschen wollen, sogar noch die Wohnungsmiete bezahlet, bis sie das Recht der Unterbringung in der Stadt erlangt haben. Welcher Art die Maßregeln sein sollen, welche die Stadt Bayern zur Bekämpfung der Forstbesitzer in den bezeichneten Waldungen ergreifen soll, hat der Magistrat trotz reiflicher Ermüdung nicht ergründen können; besondere Forstärzte für die abelligen Waldbesitzer anzustellen, hat sich der Magistrat zu seinem lebhaftesten Bedauern außer Stande gesehen, und so werden die Beschwerdeführer wohl genötigt sein, zum Schutze ihres Forstes dieselben persönlichen Opfer zu bringen, die sich andere Waldbesitzer ebenfalls auferlegen müssen, ohne daß sie die Hilfe der benachbarten Städte anrufen.

Unfallstatistik. Aus Böhmen wird berichtet: Der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft (Sektion II) sind im verfloffenen Jahre 15 728 Unfälle gegen 13 896 im Vorjahre angefallen. Von den angefallenen waren 12 927 Verletzungen leicht, 2888 schwer und 451 tödlich. Die Statistik gibt 74 Schlagwetter bzw. Kohlenstaub-Explosionen an, von denen 45 Begehen betroffen und 103 Personen getötet und 187 schwer verletzt sind. In Krankenhäusern sind 1021 Verletzte gepflegt für eine Summe von M. 170 908. An 16 458 Personen sind M. 2 544 124 für Renten, Abfindungen an Wittwen, Verpflegungs- und Beerdigungskosten gezahlt worden. Die Verwaltungskosten betragen M. 168 566. Die Sektion ist an der Gesamtumlage der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft von M. 7 949 081 mit M. 766 981 beteiligt. Seit dem Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes sind an Unfallentschädigung M. 10 579 550 gezahlt worden.

Der höchstbesetzte Steuerzahler in deutschen Reich, der nicht wie die Antiketten aus Parteidörfern (Schwindsel, der Chef des Hauses Hoffmann in Frankfurt a. M., sondern der Chef Kommerzienrat Krupp in Essen ist, hat nach einer Mitteilung der „Bayerischen Zeitung“ sein Jahres-Einkommen, das im vorigen Jahre M. 6 000 000 betrug, diesmal auf M. 7 190 000 angehoben. Ein eindrucksvolles Beispiel, das Material für die Unterhaltung des besagten Friedens in Europa und den angrenzenden Gebieten zu liefern!

Der Achtundzigtage in den englischen Militär- und Marineverträgen. Dasselbe Ereignis, welche die Firma Drummer, Mond & Co., Manchester, in ihren großen chemischen Fabriken nach Einführung des Achtundzigtages machte, nämlich: daß die Arbeiter bei verletzter Arbeitszeit ebenbüttel oder noch mehr produktiv als bei einer längeren, hat jetzt auch das englische Ministerium gemacht, welches vor circa 6 Monaten den Achtundzigtage in den Militärverträgen einführt. Bei Gelegenheit der Beratung des Budgets des Kriegsministeriums im Unterhause erklärte der Vertreter des Kriegsministeriums, Herr Woodall, der Achtundzigtage habe für die Arbeiter günstiger Erfolg gehabt, als man erwartet habe. Die Arbeiter seien im Stande gewesen, mehr zu verdienen, als früher. Zum Mann stelle von Neuem den Antrag, bei öffentlichen Arbeiten, die sowohl von der Regierung als von den Arbeitgebern unternommen würden, den Achtundzigtage einzuführen.

Ueber die Ansbahnung der Unfallversicherung auf das Handwerk, wie solche beabsichtigt von der sozialdemokratischen Partei stets gefordert und nunmehr endlich von der Reichsregierung projektiert worden ist, ist „Die Arbeiter-Zeitung“ sich dahin aus:

Die entscheidende Frage, ob es überhaupt zweckmäßig und notwendig sei, das Handwerk in das Reich der Unfallversicherung einzube-

von sozialistischen Gesichtspunkten ausgeht. Sie ist vor allem mit der sozialistischen Forderung der Verwirklichung der Produktionsmittel und der gesellschaftlichen Regelung der Produktion unvereinbar und läuft, wenn nicht die Produktion auf den Zwangszwang des kleinen Handwerks zurückgeführt werden soll, auf einen unzulässigen Widerspruch hinaus. Der anarchische Kultus und die ausschließliche Befassung der Gewaltpolitik beruht auf einem großen Mißverständnis der Rolle der Gewalt in der Geschichte der Völker. Die Gewalt ist ebenso gut ein reaktionärer, als ein revolutionärer Faktor, erweist sogar häufiger gewesen als das letztere. Die Taktik der individuellen Anwendung der Gewalt führt nicht zum Ziele und ist, insofern sie das Rechtsgesetz der Masse verlegt, positiv schädlich und darum verwerflich. Für die individuellen Gewalttätigkeiten bis aufs Neueste Verfolger und Gewalttäter machen wir die Verfolger und Gewalttäter verantwortlich und begründen die Meinung zu solchen als eine Erscheinung, die sich zu allen Zeiten unter ähnlichen Verhältnissen gezeigt hat und welche gegenwärtig durch bezahlte agents provocateurs für die Zwecke der Reaktion gegen die arbeitende Klasse ausgeübt wird.

Die Resolution wurde vom Kongress einstimmig gegen zwei Stimmenentworfungen angenommen.

Das nachher boten sich neue Beweise dafür, daß die anarchische Bewegung hauptsächlich von Polizeiagenten gemacht wurde. Minister Wittkammer hatte, während über das Gelingen des Parteitagcs von St. Gallen und das Abschließen der Sozialdemokratie, dem Reichstage am 14. Januar 1888 eine neue Gesetzesvorlage zur Bekämpfung der Sozialdemokratie überweisen, welche nicht nur gegen die Agitatoren sehr hohe Strafen, sondern auch Entziehung der Staatsangehörigkeit und Ausweisung aus dem Bundesgebiet vorsah. Als dieses Exparatirungsgesetz (lat. ex patria = aus dem Vaterlande) am 27. Januar 1888 zur ersten Lesung im Reichstage kam, behauptete der Abgeordnete Singer, daß die von der deutschen Polizei im Auslande und speziell in der Schweiz beobachteten Agenten nicht nur die sozialdemokratische Bewegung überaus, sondern daß sie von ihren Auftraggebern förmlich dazu gedrängt werden, zu verbrecherischen Handlungen aufzureizen und selbst solche zu arrangieren. Singer legte auf den Tisch des Hauses folgendes Schreiben der Abgeordneten Singer und Webel an den Polizeihauptmann und Untersuchungsrichter Fischer in Zürich, sowie die darauf erfolgte Antwort desselben nieder: „Die ergebenste Unterzeichneten rufen an Sie die höchste Bitte, Ihnen beizustehen zu wollen, daß der in Zürich-Bezirk wohnhafte, hier in Haft

beständige Schreiber und Agent Karl Schröder, sowie hier in Haft genommene Viktor Christoph Haupt aus Genf, folgende, Fremden von und gemachte Verbindungen auch in der wider sie anhängigen behördlichen Untersuchung ausgelegt haben, resp. daß die in den Verbindungen zugegebenen Anschaffungen auch anderweit durch Reugendvernehmungen von der Untersuchungsbehörde festgestellt sind: 1. Daß Schröder schon seit Jahren im Dienste der Berliner Polizei steht, Anfangs monatlich M. 200 Gehalt und in den letzten Jahren M. 250 pro Monat erhalten hat. 2. Daß er das Geld auf Anweisung des Polizeirats Krüger in Berlin empfangen, seine Berichte an den Polizeirats Krüger gefaßt habe. 3. Daß bei Schröder bei der Hausdurchsuchung eine Kiste Dynamit aus der Dynamitfabrik Döhladen, Regierungsbezirk Düsseldorf, stammend, gefunden wurde, die Schröder von den Anarchisten Etter und Wäbeler empfangen. 4. Daß Schröder mit den Anarchisten Stellmacher, Kammerer, Kaufmann, Kannel und Anderen genau bekannt war und in intimen Beziehungen stand und im Herbst 1888 einer in Zürich stattgefundenen Konferenz der Schweizer Anarchisten beizuhönte, bei der auch die Genannten zugegen waren. 5. Daß seine Verbindung mit der Berliner Polizei der Anarchist Kaufmann vermittelt und nach Schröder's Aufträge auch Kaufmann im Dienste der Berliner Polizei arbeitete. 6. Daß Schröder auch mit den Anarchisten Bukert und Knebe in persönlichen Beziehungen, mit dem Anarchisten Julius Schwab in Newyork in heimlichem Verkehr stand. 7. Daß Schröder alle neuerscheinende sozialistische und anarchische Literatur für die Berliner Polizei anzuschaffen und dieser sofort auszuliefern hatte, daß er die beschlagnahmten Verammlungen der erwähnten Verbindungen zu überreichen und die darin anwesenden Personen zu benutzten hatte. 8. Daß Schröder in Verammlungen und Briefschaften die Arbeiter durch seine Reden erhitte und aufgereizt und sie auf den Weg der Gewalt, als dem einzigen Mittel zur Rettung, verwies und zur „Propaganda der That“ aufzufordern habe. — Bezüglich Haupt's: 1. Daß Haupt zugewandert, seit vielen Jahren im Dienste der Berliner Polizei zu stehen, Anfangs in Paris tätig war, dann nach Genf überiedelte. 2. Daß Polizeirats Krüger den Haupt im Jahre 1881 und der Polizeirats von Gade im Jahre 1884 persönlich in Genf besuchten und ihn inhaftirten haben. 3. Daß Beide mit seinen bisherigen Verbindungen nicht aufhören waren und „mehr“ von ihm verlangten, wobei Polizeirats Krüger Wink ertheilte, wie er namentlich die in Genf lebenden Düssen und Polen an sich heranzuloden, sich in ihr Vertrauen fassenden und schlichterweise in

ihre Wohnungen eindringen sollte, von Gade ihm den Rath gab, sich in die Kreise der Anarchisten zu drängen. 4. Daß Haupt Anfangs M. 100, dann M. 125, später M. 150 und zuletzt 200 Franken pro Monat vom Polizeirats Krüger erhielt, welcher ihm auch Geld zur Gründung eines Geschäfts anbot. 5. Daß Polizeirats Krüger dem Haupt schrieb, er wisse, das nächste Attentat gegen den Baron werde von Genf ausgehen, darüber brauche er Berichte.“

Die Antwort auf dieses Schreiben lautete: „Herrn A. Webel und Paul Singer, Mitglieder des Deutschen Reichstages. Zürich, den 6. Januar 1888. Durch Brief vom heutigen Datum eruchen Sie mich um verschiedene Auskunft in der Untersuchungsache gegen Karl Schröder, Schreiber, und Christian Haupt, Viecher. Bei dem lebhaftesten Interesse, welches die Sache für die schweizerischen Behörden in Bezug auf das provokatorische Treiben der unter Anklage stehenden Personen hat, erlaube ich Ihnen, obgleich feinerlich Berpflichtigung für mich dazu vorliegt, daß einerseits durch Verbindungen der Angeklagten, andererseits durch Heugen die vollständige Möglichkeit förmlicher in dem zurückliegenden Schriftstücke aufgestellten Behauptungen festgestellt ist. Einzig der in Frage 6 behauptete Verkehr Schröder's mit Julius Schwab ist bis jetzt noch nicht amtlich erachtet. Hochachtungsvoll Das Polizeikommando: Fischer, Polizeihauptmann.“ (Abgedruckt in der unter dem Sozialistengesetz verbotenen, möglichst verbreiteten Broschüre: „Nach zehn Jahren.“ Material und Stoffen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. London, German Cooperative Publishing Co. 1888; aus derselben ist auch ein Theil der hier mitgetheilten Darstellungen entnommen.)

Der Vorbringung dieser Thatsachen und Aktenstücke gegenüber, welche als beabsichtigt beglaubigt waren und deren Wichtigkeit unanfechtbar war, vermochte Wittkammer nichts entgegenzusetzen als die Versicherung, daß ja allerdings die Organe, deren sich die Behörden zu ihrer Spionage im Auslande bedienen, auf den Charakter von Genannten (anarchischen Leuten) in der Regel keinen Anbruch haben, daß es aber eine vollständige Entfindung und tendenziöse Verächtlichung sei, Polizei und Regierung zu beschuldigen, daß sie sich der agents provocateurs bedienen, um durch dieselben Verbrechen antizipieren zu lassen. Da müßte er ja vor Scham in die Erde verinken, wenn er in diesem Punkte kein reines Gewissen hätte.

Bei dieser feierlichen Versicherung blieb der Reichstag eifrig, nur noch ermahnt, von den konservativen Freunden Wittkammer's, wurde „Sehr richtig!“ genügt. (Fortsetzung folgt.)

sehen, wird heute wohl kaum noch von legend einem halbwegs ernst zu nehmenden Sozialpolitiker verneint werden können. Eine solche Einbeziehung ist ebenföhrlich im Interesse der im Handwerk thätigen Arbeiter wie der Arbeitgeber gelegen. Mit Recht hebt die dem Entwurf beigegebene Begründung hervor, daß, je weiter die Erkenntnis von den gegenwärtigen Wirkungen der Unfallversicherung sich verbreitet hat, desto empfindlicher zur Zeit die Arbeiter in solchen Betrieben sich bedürftig fühlen müssen, die zwar ebenfalls mit Gefahren verbunden sind, gleichwohl aber noch keinerlei Sicherheit gegen die Folgen dieser Gefahren bieten. Die Betriebe z. B. in denen Metalle mit Feuer bearbeitet werden, wie Schloßereien, Schmieden, Gießereien, sind gegenwärtig nur versichert, wenn sie fabrikmäßig oder mit Motoren, Dampf usw. arbeiten, nicht aber wenn sie den Betrieb nur handwerksmäßig und ohne Motoren führen, obwohl die Betriebsgefahr hier kaum geringer ist, als bei jenen, stattdessen aber größer als bei fabrikmäßig arbeitender und deshalb versicherter Betrieben zahlreicher anderer Berufswege. Diese verschiedenartige Behandlung wird um so schärfer, als in anderen Berufsweigen, z. B. in den Betrieben der Maurer, Zimmerer, Müller, Schornsteinfeger alle Arbeiter versichert sind, ohne Rücksicht auf den Umfang des Betriebes und die Art der Betriebsmittel. Weiter ist zur Zeit in einer großen Zahl von Betrieben nur ein Teil der Betriebsfähigkeit; ein anderer dagegen nicht versichert. Es sind dies namentlich die zu einem Teil mit Wäulen besetzten Betriebe der Schlosser, Tischler, Müller, Glaser, Klempner etc. In diesen Betrieben ist nicht nur die vielfach ebenso gefährliche Werkstattarbeit gleichartiger Arbeiter unversichert, sondern es ist sogar ein und derselbe Arbeiter für einen Teil seiner gewöhnlichen Tätigkeit (bei Wäulen) versichert, für einen anderen Teil (in der Werkstatt) unversichert. Diese Ungleichheit darf nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für alle anderen Beteiligten missliche Folgen. Für den Arbeiter ist es, falls er von einem Unfall betroffen wird, sehr häufig zweifelhaft, ob ihm ein Entschädigungsanspruch zusteht oder nicht. Er sieht sich gezwungen, zur endgültigen Entscheidung dieser oft sehr schwierigen Frage das Schiedsgericht, Landesversicherungsamt oder Reichsversicherungsamt anzurufen und einen Rechtsstreit zu führen, der, wenn er schließlich auch zu seinen Gunsten entschieden wird, doch verhängnisvoll wirkt. Häufig die Entscheidung dagegen zu seinen Ungunsten aus, so ist häufig der völlige Ruin seiner wirtschaftlichen Existenz die unausweichliche Folge. Aber auch für den Unternehmer eines Betriebes der obenbenannten Art ist es zur Zeit schwierig, den ihm obliegenden Verpflichtungen nachzukommen. Nach § 71 des Unfallversicherungsgesetzes hat er binnen sechs Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahres eine Nachweisung vorzulegen, welche unter Anderem die während des abgelaufenen Rechnungsjahres im Betriebe beschäftigten versicherten Personen und die von ihnen verdienten Löhne und Gehälter enthält. Ist nun bloß der auf Wäulen beschäftigte Teil seines Betriebes versichert, so bedarf es einer oft schwierigen Ermittlung, um die der Berufsgenossenschaft nachzukommenden Personen und Löhne auszuweisen. Dabei kommt nun in Betracht, daß ein Teil der versicherten Bauart, wie namentlich die Vorbereitungen der für Bauzwecke dienenden Säule, sich in der Werkstatt zu vollziehen pflegt. Es kann also zur Zeit leicht vorkommen, daß ein Arbeiter, ohne seinen Arbeitsplatz in der Werkstatt zu verlassen, im Laufe eines Tages wiederholt in die Unfallversicherung eintritt und wieder aus derselben aussteigt. Unter solchen Umständen bildet die Frage, ob die Löhne richtig nachgewiesen sind, ein beständig streitiges Gebiet zwischen dem einzelnen Unternehmer und der Berufsgenossenschaft. Oft erstreckt sich dieser Streit auch auf die Entschädigungsfrage, indem unterstellt werden muß, ob ein im Augenblick des Unfalles von dem Gesellen bearbeitetes Werkstück für Wäulen oder für andere Zwecke bestimmt war. Wechnische Verhältnisse liegen auch bei anderen Betriebsweigen vor, in denen Betriebe vorkommen, die aus einem versicherungspflichtigen und einem nichtversicherungspflichtigen Teil bestehen und sehr oft gerade für den gefährlichen Teil ihrer Arbeit nicht versichert sind.

Diese geradezu unhaltbaren Zustände sprechen allein schon zur Genüge für eine weitere Ausdehnung des Kreises der Unfallversicherung. Das Interesse daran ist aber auf Seiten der Handwerker und Kleingewerbetreibenden um so größer, als sie zur Zeit für die nicht durch die öffentlichrechtliche Unfallversicherung gedeckte Unfall nach den Grundsätzen des Zivilrechts persönlich haftbar gemacht und dabei langwierigen Prozessen und weitgehenden Erklärungsansprüchen ausgesetzt werden können. Endlich kommt auch noch in Betracht, daß Gesellen und Arbeiter bei der jetzigen Rechtslage ein begriffliches und berechtigtes Interesse daran haben, in solchen Betrieben tätig zu sein, in denen sie gegen die wirtschaftlichen Folgen von Betriebsunfällen sichergestellt sind. Das größere Risiko, dem solche Personen in einem nichtversicherten Betriebe ausgesetzt sind, werden sie dabei naturgemäß durch die Prämie eines höheren Lohnes auszugleichen suchen.

Alle diese Gründe sprechen unseres Erachtens mit zwingender Notwendigkeit dafür, daß das Handwerk und Kleingewerbe ebenfalls der Unfallversicherung unterworfen werde. In der That ist denn auch das dringende Verlangen hiernach unter dem Eindruck der oben bezeichneten Mängel schon vielfach aus der Mitte unserer Handwerker erhoben worden, während nur ganz vereinzelte Stimmen dem widersprechen.

Wir haben an diesen Ausführungen zu rügen, daß es fäherlich ist, von der Prämie eines höheren Lohnes zu sprechen. Nirgends ist der Lohnarbeiter in der Lage, sich eine „Unfallprämie“ in Form höheren Lohnes zu sichern. Wohl aber ist es Tatsache, daß Arbeiter eber unter Berufung auf die von ihnen zu leistenden Versicherungsbeiträge sich bemühen, die Höhe der Arbeiter möglichst zu reduzieren.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Das Baugeschäft in Berlin liegt, wie die „Baugewerksch.“ schreibt, noch immer außerordentlich darnieder. Es sind weder die Bauarbeiter voll beschäftigt, noch haben die Geschäftsinhaber genügend zu thun. In ganz besonderer Weise trifft durch den Mangel der Bauhelfer die soliden Geschäfte betroffen, unter denen es manche gibt, welche gänzlich still liegen, während das geringere Bauunternehmertum, welches von den Terrainspesulanten und Bauwäulen lebt, mehr zu thun hat. Am schlimmsten ist infolge dessen die Lage der kleinen Bauhandwerker, welche, um überhaupt beschäftigt zu sein, Arbeit und Material meist solchen Unternehmern liefern müssen, welche selbe oder nur sehr geringe Gewinne für Zahlung bieten. Die

Bauhandwerker werden deshalb voraussichtlich auch in diesem Jahre große Verluste zu beklagen haben. Es wird dies so lange geltehen, bis die Geheggebung Mittel und Wege gefunden hat, den Bauhandwerker besser als bisher zu schützen.

Die Münchener Gewerkschaften sind in einen heftigen Kampf mit dem dortigen „freisinnigen“ Magistrat verwickelt worden. Derselbe scheint sich unter seinem jetzigen Leiter, dem sehr freisinnigen Bürgermeister Dr. von Schuch, die Aufgabe gestellt zu haben, in der Auslegung des Vereins- und Versammlungsgesetzes die berühmtesten Beispiele aus Sachsen in den Schatten zu stellen. Auf den Abend des 16. Juli waren elf gewerkschaftliche Versammlungen von einzelnen Arbeitern des einschlägigen Gewerkes einberufen und zu ihrem Besuche Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen worden. Auf sämtlichen Tagesordnungen stand: „Die Unternehmensorganisationen und die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen.“ Die Einberufer haben bisheriger Gepflogenheit gemäß diese Versammlungen angedeutet, obwohl dies, da es sich nicht um politische Thematika handelte, nicht notwendig gewesen wäre. Bürgermeister Dr. v. Schuch als Polizeibefehl der Stadtgemeinde München hat nun sämtliche elf Versammlungen auf Grund § 102 des bayerischen Gesetzes zur Ausführung der Reichs-Strafprozessordnung (?) verboten.

Die organisierte Arbeiterschaft ist entsetzt, für die Einberufer den Kampf gegen diese reaktionäre Maßregel mittels aller geschäftlichen Mittel zu führen. Es handelte sich hier offenbar nicht um Zusammenkünfte irgend eines politischen Vereins, auch nicht um sozialdemokratische Angelegenheiten, wie auch dieses Mal das Verbot nicht auf Grund des bekannten § 15 des bayerischen Vereinsgesetzes erfolgt ist, sondern auf Grund eines anderen Bestimmung, deren Beziehung zu dem Verbot aus augensichtlich noch unklar ist. Die Versammlungen sollten sich mit einer rein gewerkschaftlichen Angelegenheit, nämlich mit der Notwendigkeit der Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen, befassen. Dieses Thema läßt es ganz selbstverständlich erscheinen, daß auch die Arbeiterinnen eingeladen wurden; in diesem Umstande wird man aber wieder den Anlaß zum Verbot erblicken müssen. Es erhebt sich zunächst die Frage, wie diese Polizeiverbot, die gegenwärtig in Bayern leider vorderrschend gebräuchlich ist, mit der gesetzlich vorgeschriebenen Koalitionsfreiheit zu vereinbaren ist.

Neber die Lage des Buchdruckerverbandes im Vergleich zum Braunschweig wird berichtet, daß eine Alles umfassende Schmutzkonkurrenz immer mehr Platz greift; den Kunden werde oft ein verhängnisvoller Einblick in die Geschäftspraxis gewährt, weshalb es vielfach vorkomme, daß nicht der Arbeitgeber, sondern der Auftraggeber den Preis für die Arbeit festsetze; wolle sich der Druckereibesitzer aber lebens- und konkurrenzfähig halten, suche er die Konkurrenz zu unterbieten und seinen Schaden durch Reduzierung der Arbeitslöhne auszugleichen. Wären die Buchdruckereibesitzer nicht so unvernünftig gewesen, die Forderung der Gehältern nach dem Unrechtsentag abzuschlagen, so wäre die Zahl der arbeitelosen Gehältern verringert und damit die Grundlage der Schmutzkonkurrenz verkleinert worden. Zeit ernten die Buchdruckereibesitzer, wie sie selber ausüben. Dasselbe Regelgelte, was die Braunschweiger anstimmen, können die Buchdruckereibesitzer aller anderen Distrikte Deutschlands gleichfalls erheben.

Der Unterstüßungsverein deutscher Tabakarbeiter hielt zu Nordhausen seine Generalversammlung ab. Er hat Beschlüsse gefaßt, welche wohl geeignet sind, das Interesse derjenigen Tabakarbeiter zu erwecken, welche sich bisher von der Organisation fern gehalten haben, theils unter dem richtigen Vorgeben, daß der Verein ihnen zu wenig biete, theils auch unter der Motivierung, daß sie nicht mehr seien, und der Verein in der Hauptlage nur ein Reize-Unterstützungsverein sei. Die Generalversammlung hat sich von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß es an der Zeit sei, den Verein immer mehr und mehr auszubauen, und berechtigten Wünschen der Tabakarbeiter Rechnung tragen zu müssen. In dieser Beziehung sind wichtige Beschlüsse über Unterstützung in Krankheits- und Todesfällen, aber ein Zusammengehen der Soritir mit den übrigen Tabakarbeiter gefaßt worden. Auch das Regulatoriv über Berufslosigkeit der Kontor-Gehilfen ist den berechtigten Wünschen vieler Mitglieder gegenüber einer Unterstellung unterzogen worden. Wir geben der Hoffnung Raum, daß dem Unterstüßungsverein durch obenbenannte Umgestaltung die Sympathien aller derjenigen Tabakarbeiter, welche sich dem Verein bis jetzt ferngehalten haben, gewonnen werden. Angesichts der Sachlage, daß unsere deutsche Reichsregierung das Projekt einer Tabak-Fabriksteuer nicht aufgegeben, daß der Tabak immer und immer mehr, trotz seiner jetzt schon so kolossalen Belastung, zu einer Hauptquelle der Unterhaltskosten des Militärsystems gemacht werden soll, ist es bisher sehr bedauerlich gewesen, zu sehen, wie ein so eminent großer Teil der Tabakarbeiter sich von Allem ferngehalten hat. Wir legen also die Hoffnung, daß auch die Beschlüsse des Vereins, welche die Generalversammlung gefaßt, ihre Einwirkung auf diese Tabakarbeiter nicht verfehlen, und dem Verein aus diesen Reihen neue Mitglieder gewonnen werden.

Bemerken wollen wir noch, daß für alle diejenigen, welche dem Verein bis 1. Oktober c. beitreten, eine dreizehnmöndentliche Karenzzeit existirt; ein Eintreten nach dem 1. Oktober die bis herige 26 möndentliche Karenzzeit zur Folge hat.

Bergarbeiterbewegung. An die Bergleute Deutschlands richtet das Verbandsgeschäft, die Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Geitung, einen Aufruf, in welchem es heißt: „Eine Verbesserung der Lage ist entgegen dem geschlossenen Vorgehen des Bergwerkskapitals nur durch ein ebenfalls geschlossenes Vorgehen der gesamten Bergarbeiterchaft Deutschlands zu ermöglichen. Aber die große Verschleichenheit in den Meinungen und Anschauungen der deutschen Bergleute hindert das einmütige Zusammengehen in einem einzigen Verbande. Das Vereinsgesetz verbietet ein Interventionsverfahren mehrerer politischer (wirtschaftlicher) Vereine. Es bleibt also für das Zusammengehen aller Bergarbeiter nur der nationale Kongreß der deutschen Bergleute übrig. Dies ist unter den herrschenden Umständen der einzige Weg, auf dem es möglich ist, der Verklärung der Bergleute Einhalt zu gebieten. Die Zeit eilt. Die Noth drängt, zu handeln. Wir machen hiermit der gesamten Bergarbeiterchaft Deutschlands den Vorschlag, einen nationalen Kongreß abzuhalten und bitten, denselben öffentlich zu diskutieren. Wir empfehlen

allen Bergleuten Deutschlands, den unorganisierten sowohl wie den in den verschiedenen Vereinen organisierten, der Sache sich zur Wahrung und Förderung der eigenen Interessen mit Ernst und Eifer anzunehmen. Wir richten hiermit die Aufforderung an alle deutschen Bergleute, Vorkorje zu treffen, daß ein solcher Kongreß zu Stande kommt, wo, wann, wie und welche Fragen er zu behandeln hat, zu beraten, und schließlich dafür einzutreten, daß kein Bergarbeiterverein, möge er heißen wie er wolle, und kein unorganisierter Bergarbeiter sich ausschließt. Es wird Zeit. Wir müssen vormarschieren.“

Sächsisch-Polizeiliches. In Auerbach begründete die Amtshauptmannschaft Chemnitz das Verbot einer gemeinschaftlichen Versammlung damit,

„daß aus den Erfahrungen, die im hiesigen Bezirke stets zu machen waren, sowie im Hinblick auf die Person des Referenten Adin Reichert in Burgstädt, welcher infolge seiner bekannten Stellung innerhalb des Textilarbeiterverbandes an dessen Wachstum persönlich interessiert ist, um Zweifelhaft herorgehe, daß der Zweck der Versammlung darauf gerichtet ist, die daselbst erscheinenden Textilarbeiter und Arbeiterinnen als zu fordern, daß sie dem erwähnten Verbands beitreten.“ Einer solchen Organisation anzugehören, ist aber nach §§ 24, 25 des Vereinsgesetzes unstatthaft, beziehentlich strafbar und die Aufforderung zum Beitritt daher eine Aufforderung zur Gesetzesübertretung, welche nach § 5 des Vereinsgesetzes das Verbot der Versammlung notwendig bedingt.“

Also das gute gesetzliche Recht der Arbeiter, zu wirken für die Befreiung ihrer Organisation, ist ein „Verbrechen“!!!

Der Streik der Bildhauer in Wien wurde am 9. Juli 1894 als beendet erklärt. Der Abstundtag wurde in 60 Holz- und 46 Mauersteine, in 8 Tischlerarbeiten und 1 Möbelstuhlfabrik erreicht. Ferner wurde in 15 Meißler der Holzbranche, 13 der Baubranche, 1 Lederarbeiter und in 4 Tischlerarbeiten die neunmündige Arbeitszeit erreicht. Schließlich arbeitet man noch in 1 Bildhaueratelier und 3 Möbelstuhlfabriken je 10 Stunden. Da die Genossenschaftsliste 260 Bildhauerateliers aufweist, wovon jedoch 90 bis 100 ohne Gehältern arbeiten, so ist vorliegendes Resultat ein vollkommen günstiges zu nennen, weil mehr als 70 Prozent der Bildhauerarbeiterschaft entschädlich den Abstundtag errungen haben. In dem Gelingen des Kampfes hat in erster Linie die musterhafte Haltung der Streikenden wie die aufopfernde Unterthügung der in Arbeit stehenden Kollegen beigetragen, denn es wurden durch 8 Wochen 10 Prozent und durch 4 Wochen 5 Prozent vom Lohne von diesen an Unterthügung geleistet.

Eine österröichische Bergarbeiter-Konferenz wurde kürzlich in Witten abgehalten. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Besprechung des Antrages, für den 15. September d. J. einen allgemeinen Zustand der österröichischen Bergarbeiter zur Erringung der Achtstundensarbeit zu proklamieren. Sämtliche Redner sprachen für den Ausnahm, doch mit dem beantragten Termin war die Mehrheit nicht einverstanden. So erklärte Peter Ungar, der den jüngsten Osttiroler Streik geleitet hatte, daß die Bergarbeiter des Osttirol-Karawanken Gebirges durch den verlorenen Streik zu sehr erschöpft seien, um heuer noch einen längeren Vorkampfs mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen zu können. Die Konferenz entschlöß sich, den diskutierten Antrag in zwei Theile zu zerlegen, aber die getrennt abgelehnt wurde. Der Antrag auf Zulassung eines allgemeinen Ausnahm zur Erringung der Achtstundensarbeit wurde dann einstimmig gutgeheißen, dagegen die Festsetzung eines bestimmten Termines für den Ausbruch des Generalstreiks mit 21 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Ein Lehrlingsstreik. Kürzlich stellten die Lehrlinge der sogenannten Hofbuchdruckerei von Göttsche in Dufurk die Arbeit ein, weil sie 14 Stunden täglich arbeiten mußten, während die Gehältern nur 9 1/2 Stunden arbeiten. Nach vier Tagen legten die Lehrlinge. Jetzt arbeiten sie nur 11 Stunden.

Vom großen Kohlenarbeiter-Ausstand in Schottland. In einer am 18. Juli bei Exarant im Freien abgehaltenen Massenversammlung von Bergarbeitern von Mittel- und Ost-Schottland wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß die Bergarbeiter der 17 Bergwerke im Kohlenabbaudistrikt der Pollist des Westlandes gegen die Forderungen der Gewerkschaften weiter verfolgen sollen, selbst wenn in einigen anderen schottischen Distrikten noch Vorkämpfer unter den Bergarbeitern gefunden werden sollten. Somit wird von Schottland nach berichtet, daß infolge des Kohlenstreiks große Stille in der gesamten Industrie herrscht. Die alljährliche Feterlagsszeit in Schottland unterbricht die Arbeit noch mehr; zahlreiche Werke wollen nun erst nach Beendigung des Kohlenstreiks weiter anfangen. Im übrigen können die englischen Grubenbesitzer, ohne mit Arbeit überlastet und deshalb zu extremen Preisforderungen berechtigt zu sein, den Ausfall der schottischen Förderung vollkommen beden, erstens, weil jetzt ohnehin stille Zeit für Hausbrand und Gaslophen ist, zweitens, weil der ohnehinige und auslandische Bedarf sich unter dem Durchschnitt erhält, und drittens, weil in Schottland so ausgeübte Betriebsstellungen von Eisenhütten, Stahlwerken und anderen Gewerben erfolgt sind, daß dort insbesondere der Verbrauch stark aufzunehmendigsmolgen ist.

Aus London wird unterm 20. Juli gemeldet: Die seit dem großen Ausstand im vergangenen Jahre zwischen den Grubenarbeitern und Grubenbesitzern schwelenden Streitpunkte sind von dem dazu eingesetzten Schiedsgericht nun durch folgende Bestimmungen beigelegt worden: 1. Vom 1. August 1894 bis zum 1. Januar 1896 tritt eine fünfprozentige Herabsetzung der letzten beiden Lohnkategorien ein. 2. Vom 1. August 1894 bis zum 1. August 1896 sollen die Löhne mindestens um 80 Prozent, höchstens um 45 Prozent höher sein als diejenigen des Jahres 1888. 3. Vom 1. Januar bis zum 1. August 1896 wird das Schiedsgericht die Löhne innerhalb der Grenzen der zweiten Bestimmung festsetzen.

Die alljährliche große Demonstration der Bergarbeiter von West-Devon (England) fand am Sonntag, dem 7. Juli, statt. Es wurden Resolutionen angenommen, die den Entschluß des Vorstandes des Devon Forest Bergarbeitervereins, der Bergarbeiter-Delegation von Forest-Devon nicht beizutreten, billigen, und die Männer verpflichteten, die im Ausnahm befindlichen schottischen Bergarbeiter zu unterstützen. Sir Charles Hille, der den Devon Forest im Parlament vertritt, sagte, daß die Arbeiterdelegation beabsichtigten, der Regierung ihr Verpöndnis in Erinnerung zu halten, die die Arbeiter nicht durchzubringen. Sie könnten nicht erwarten, auf die Bill im Gegenstande ebenso sehr einzuwirken, als bei der zweiten Lesung, weil diese Mitglieder für die Bill stimmten,

ohne daß es ihnen damit ernst gewesen wäre. Es wäre jedoch nach seiner Meinung besser, daß die ganze Bill verloren gehe, als ein Amendement annehmen, welches die „local option“ (d. h. jede Volksgemeinde soll berechtigt sein, zu entscheiden, ob das Gesetz für sie gültig sein soll oder nicht) in das Gesetz aufnimmt.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Bergarbeiter-Aktionen in England wird im englischen Parlament folgende Berichte: Die 40 Mitglieder der Bill innerhalb der Abstammungspartei sind sehr enttäuscht über die Haltung der irischen Nationalisten. Sollte die Bill jemals das Stadium des Gesetzesausschusses (Committee of Law) erreichen, so ist es sicher, daß eine Anzahl Fragen aufgeworfen werden, welche eine längere Debatte notwendig machen. Vorschläge sollen gemacht werden zu Gunsten des Prinzips der örtlichen Wahl (local option), d. h. die Arbeiter einer bestimmten Lokalmittell sollen das Recht haben, zu bestimmen, ob das Achtstundengesetz für sie Gültigkeit haben soll, oder nicht; ferner wird man den Antrag stellen, eine 48-Stunden-Woche statt eines Achtstundentages einzuführen, und daß die 8 Stunden von Grundbesitzern und nicht vom Eingange des Schachtes an gerechnet werden sollen. Daß die Regierung die Bill unterstützt, hat sehr überrascht. Sie ist nicht in der Thronrede erwähnt und ausdrücklich vom Newcastle-Programm ausgeschlossen worden. — Man sieht aus dieser Mitteilung, daß die Grubenbesitzer und Kapitalisten alles aufbieten, um die Bill zu verjagen und zu verurteilen.

Sicherstellung der Forderungen der Bauhandwerker. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird, wie wir der „Rheinischen Volkszeitung“ entnehmen, der Forderungen der Bauhandwerker ein weitgehendes, den Kredit besitzenden Vorkredit dadurch eingeräumt, daß die Darleher der Bauplätze, zumest Kreditinstitute, diese nur ratenweise, je nach dem Fortschreiten der Bauten, und nur unter der gegen Vorlegung von den Bauteilern aufgestellten Kautelen über die Bestätigung ihrer Ausforderungen an Aktien und Materialien an die Bauherren, oder gegen die Anweisung der Letzteren direkt an die Bauteiler bzw. in ganz vereinzelten Fällen an die Bauhandwerker und Materialienlieferanten ausgeben. Der Bauherr erhält infolgedessen nur Bezüge von dem geliehenen Gelde in die eigenen Hände, jede Gefährdung der Bauhandwerker ist ausgeschlossen, von dem Vorkredit wird kein Gebrauch gemacht. Ein solches ist mit der Grundbesitzervereinigung unvereinbar.

Die technische Umwälzung zuzweilen auch großen gewerkschaftlichen Organisationen alle alten Bezüge abschneiden und sie vor eine vollständige Neuordnung stellen, davon liefern nach dem Cleveland „Volksfreund“ die Vereinigten Eisen- und Stahlarbeiter Amerikas ein Beispiel: Der billiger und verbesserte Stahl hat das Eisen in vielen Fällen verdrängt, dadurch allein wurden im Pittsburg District Tausende von Puddler's überflüssig. Ein Teil fand in den Stahlwerken Beschäftigung, der größere Teil aber konnte sich als ausgenutzt betrachten. Dem letzteren ist die automatische Walzwerke ein, sowie andere großartige technische Verbesserungen, welche eine Masse der geschicktesten Hände überflüssig machten. Dazu kam der direkte Prozeß in der Stahlproduktion, welche dem Chemiker die Stellung zuzweilen, unter Walfische weniger Tagelöhner. Die im vorigen Jahre noch abgetrennten Feinherzer, bisher die Aristokraten der Branche, welche noch träumten, mit Hilfe einer separaten Organisation für sich spezielle Vorrechte, auf Kosten ihrer Mitarbeiter, herauszuschlagen, haben daher auch nach einem kurzen erfolglosen Streik eingesehen, daß ihre Sonderstellung durch die Maschine unüberwindlich gestört ist. Ihre Organisation löste sich in Wohlgefallen auf und sie schlossen sich wieder der Mutterorganisation an. Alle großen Werke, welche die Kontrolle der Eisen- und Stahlarbeiter abgesehen. Jones und Langhin in Pittsburg, N. Y. haben die Scala den Feinherzern noch untergeordnet im letzten Jahre, durch ihre neuen automatische arbeitenden Walzwerke brauchen sie aber nur noch Tagelöhner. Es sind nur noch die kleineren Werke, die finanziell unfähig sind, mit der technischen Entwicklung gleichen Schritt zu halten, aber auch ebenso unfähig, einen Kampf mit den Arbeitern zu führen, die heute noch die Scala unterzeichnen, bis eines Tages ihre großen Mitbewerber sie aus dem Markte verdrängt haben werden.

Situationsberichte.

Mauerer.

Der Zugzug ist fernzuhalten von Osterburg, Freiburg i. Br., Schwedt a. O., Danzig, und in Wandbühl von dem Koch'schen Bau in Pilsen gefeld.

Damburg. In der Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 12. Juli, verlas zum ersten Punkt der Tagesordnung der Kassier die Abrechnung vom letzten Quartal und vom Monat Juni, sowie die Abrechnung der Lokalfälle, welche sämtlich für richtig anerkannt wurden. Zum zweiten Punkt berichtet Harms vom Gewerkschaftsrath, daß die Angelegenheit Folge von der Kartellkommission untersucht werden solle, da die Befragung, Folge erhalte nicht die Bedingungen des Buchbindervereins, aufrecht erhalten wurde. Ueber den Antrag der Brauer, die Mitglieder des Kartells zu verpflichten, in ihren Generalversammlungen darüber einzutreten, daß Angehörige einer Gewerkschaft, die gebeten sind, sich einem anderen Vereine anzuschließen, in dieser Organisation ohne Einwilligung der Mitgliedschaft erwerben können, sei zur Tagesordnung übergegangen; es genüge, diesen Wunsch hier auszusprechen und die Generalversammlungen der Zentralverbände werden von selbst Stellung hierzu nehmen und einen berechtigten Passus in ihre Statuten aufnehmen. Hierauf seien dann Fragebogen an die Gewerkschaften verteilt worden, die Zentralverbände betreffend, welche bis zum 15. Juli an D. M. e. l. b. u. r. g. wieder einzuliefern sind. Ferner habe sich das Kartell des Bängers mit der Streitfrage zwischen den Tischlern und der Redaktion des „Echo“ beschäftigt. Auch diese Angelegenheit ist der Kommission zur Untersuchung überwiesen worden. Zum dritten Punkt „Vohntarif“ und die Arbeit hier am Orte“ berichtet der Bevollmächtigte, daß eine Werbung zum Westeren noch nicht eingetreten sei. Obgleich wir uns augenblicklich in der besten Zeit des ganzen Jahres befinden, so ist trotzdem die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe eine ganz horrenden, und Viele, die nicht in Arbeit stehen, müssen daher wegen Mangel an Materialien feiern, was seinen Grund darin hat, daß die meisten Bauten sich in recht unsicheren und zweifelhaften

Händen befinden. Welche schauerhaften Zustände die Konkurrenzzeitige, so erklärte Medner, ohne an einem ihm bekannten Fall nachzuweisen. Bei Vergabung eines Neubaus, welcher zu M. 16 000 veranschlagt war, habe sich ein Unternehmer angeboten, den Bau für M. 9000 fertig zu stellen. Dieses ging jedoch dem Bauherrn zu weit, er übertrug die Ausführung des Baues einem Anderen, weil er wohl, zu der Erkenntnis gekommen sei, daß ein zu einem solchen Preise aufgeführter Bau Gefahren in sich birge für die späteren Bewohner. Hierauf unterzog Bräggemann die Handlungsweise des Bauherrn Wilbrandt, welcher aus dem Verband ausgestiegen ist, weil er auf dem letzten Verbandstage nicht wieder in den Vorstand gewählt wurde, einer scharfen Kritik. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der äußerst schwach besetzten Versammlung.

Berlin. Am Sonntag, den 15. d. Mts., fand in den „Arminiallen“, Kommandantenstraße 20, eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Mauerer und Zuger statt, in welcher der Kollege Silberschmidt über „Die Mißstände in unserem Gewerbe“ referierte. Derselbe kritisierte in scharfer Weise die schlechte Behandlung und Lohnrückstände der Unternehmer und deren Parteilichkeit den Kollegen gegenüber und führte hierzu einige Beispiele an. Den Bau des Landtagsgebäudes in der Zimmerstraße hat ein Mauermeister erhalten, der bei der Submission um 82 000 Mark (11) hinter den Meistfordernden zurückgeblieben ist, natürlich wird ja den Gesellen nur ein Stundenlohn von 40-45 Pfennigen gezahlt. Noch schlimmer geht es auf dem staatlichen Musterbau an der Mauer- und Zeugnisstraße-Ecke zu. Es werden dort 15 Gesellen im Afford beschäftigt, pro Tag 30-40 arbeiten können. Der Kolonnenführer zahlt keine Löhne, nach Subditoren aus; während die Mehrzahl 45 Pfennige die Stunde erhält, glebt er einigen seiner Freunde 95 Pfennige pro Stunde. Was für Arbeit geleistet wird, kann man daraus erkennen, daß noch 5 Mann (im Tageslohn) Ausbesserungsarbeiten hinter dieser Kolonne vornehmen müssen. Es ist hier der Bau, auf welchem vor einigen Wochen infolge mangelhafter Vorrichtung beim Sinaulischen elnerer Träger mehrere Arbeiter ihr Leben einbüßten. Daß solche Zustände den staatlichen Behörden verborgen bleiben sollten, ist wohl nicht anzunehmen, da ein ganzer Etat von Bauführern und Baumeistern sich täglich dort aufhält. Auch auf den städtischen Schloßbau ist es nicht viel besser. Dort müßten die Gesellen mehrere Wochen lang jeden Abend Leberlunden arbeiten, als sie sich dessen endlich weigerten, wurden sie entlassen. Es wurde sofort ein Agent nach Danzig geschickt, um Gesellen von dort zu holen. Man hatte verlesen aber das Recht, in das Verzeichniß der organisierten Kollegen zu geraten, wo er glänzend abgelehnt wurde. Dieser letzte Fall zeigt wieder recht deutlich, was eine gute Organisation vermag. So lange aber die große Mehrzahl der Berliner Mauerer dieser fernbleibt, werden sie sich auch diese unbilligen Zustände gefallen lassen müssen. Medner forderte in kernigen Worten die Anwesenden auf, dem Zentralverband, soweit dies noch nicht geschehen, beizutreten, und schloß seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Diktierpropheze: „Der Mensch preßt den Menschen in Echnad und in Licht, Weil jeder sich selber nur immer bedacht, So habt ihr Euch selber zu knechten gemacht, Darum lhaart Euch, ihr Schwachen, zusammen, Stüzt Hütten an Hütten zum rettenden Meer, So schwellen die Wogen zum brausenden Meer, Die Finsternis zur tausenden Flamme.“

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus, und wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Mauerer und Zuger erklärt die vom Referenten vorgebrachten Uebelstände und Mängel für zurechtend und wahrheitsgemäß und ist der Meinung, daß dieselben nur durch eine gute Organisation beseitigt werden können. Es verpflichten sich somit sämtliche Anwesenden, soweit dies noch nicht geschehen, dem Zentralverband der Mauerer Deutschlands beizutreten.“ Nach einer kurzen Kafforderung, den Bier-Vohntarif recht kräftig zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

Honauweck u. Potsdam. Am Sonnabend, den 7. Juli d. J., tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung. Nachdem die Kassengerechnungen erledigt waren, erhielt der Genosse und Gemeindevorsteher Karl G. u. h. l. das Wort zum Referat über „Gewerkschaftsfrage“. Er zeigte die heutigen Klassenverhältnisse und wie die Arbeiterklasse geschwächt wird. Ferner streifte er das Gerichtswesen und geißelte den Fall, welcher hier im Orte vor kurzer Zeit mit dem Gensdarm Breuse vorgekommen ist, und was für harte Strafen die dabei Beteiligten bekommen haben, wenn es auch nur gerade nicht Genossen waren, sondern sogenannte Wauflöhner; aber es zeigt doch, wie man's Einer trotz seines guten Rechtes verdonnert wird, und man möge vorkommenden Falls lieber die Thür von innen schließen. Der Referent entledigte sich seines Vortrages zu vollen Zufriedenheit der Mitglieder. Im „Verliebten“ machte der Vorsitzende aus den Bier-Vohntarif aufmerksam und wünschte, daß Alle, Mann für Mann, mit voller Kraft für die Brauereigewerkschaft einzutreten möchten. Kollege F. Hiemele bemängelte die Handlungsweise des Kollegen Solles. Da der Letztere nicht anwesend war, wurde die Sache bis zur nächsten Versammlung vertagt. Der Kassier macht bekannt, daß das Mitglied D. B. a. r. i. e. n. drei Monate mit den Beiträgen rückständig ist. Es wurde beschlossen, denselben, weil er so wie so ein faules Mitglied war, aus dem Verband auszuscheiden. Kollege F. H. e. m. e. l. e. r. stellte den Antrag, unser Verbandorgan von jetzt ab jedem Kollegen in's Haus zu schicken. Der Antrag wurde angenommen mit dem Hinweis, daß die Unkosten die Lokalfälle zu tragen hat. Den Mitgliedern die Zeitung zuzustellen, übernimmt der Kassier Genosse B. R. u. m. a. n. n. für den Preis von 5 Pf. pro Mitglied und Monat. Hierauf Schluß der Versammlung.

Brandenburg a. S. Am 18. Juli, Abends 8 Uhr, fand in Kolbe's Lokal eine öffentliche Mauerer- und Zimmerer-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Wahl der Mitglieder zum Gewerkschaftsrath. Die Wahl fiel auf die Kollegen W. o. l. t. e. r, Mauerer, und W. a. g. e. n. e. r, Zimmerer, Letzterer ist nicht Verbandsmitglied. — Nachdem tagte um 8 1/2 Uhr die Mitglieder-Versammlung. Es ließ sich ein Kollege aufnehmen und wurde dann das Protokoll zur Beratung gebracht, welches von der Versammlung für richtig befunden wurde. Es folgte die Wahl eines Reviseurs; dieselbe fiel auf Kollegen V. e. r. e. t. „Verliebten“ rügte der Bevollmächtigte die Sonntagstabelle auf der W. o. l. t. e. r. Kollege S. c. h. m. i. t. d. o. r. f. gab an, daß es Notharbeit gewesen wäre, was aber von der Versammlung unentschieden blieb. In dieser Sache entspann sich eine lange und persönliche Debatte, woraus vom Kollegen K. u. t. h. ein Schluß-

antrag gestellt wurde, welcher gegen zwei Stimmen angenommen wurde. Der Bevollmächtigte verlas Johann ein Schreiben der Hauptverwaltung, weil derselbe um Rath anfragt, wie sich die beim Meister Lischer, Bau Delmühle, arbeitenden organisierten Kollegen zu verhalten hätten. Es ging daraus hervor, daß durch die Weigerung, bis 7 Uhr arbeiten zu wollen, den Unorganisierten, Platz gemacht würde, denn mit unserer schwachen Mitgliederzahl könnten wir der Sache schlecht abhelfen. Der Bevollmächtigte erklärte, daß er sich in voriger Versammlung im gleichen Sinne ausgesprochen habe. Der Bevollmächtigte erwähnte zur gegenwärtigen Zeit am 22. Juli nach Schmeitzler stiftenden Landpartie. Der zweite Bevollmächtigte führte den Wunsch, etwaige Uebelstände von der Landpartie der Gewerkschaftskommission zu überweisen. Nach Erlebung des Fragestoffs wurde die gut besetzte Versammlung geschlossen.

Wittenberge. Am 3. Juli d. Mts. hielten die Mauerer von Wittenberge und Umgebung eine öffentliche Versammlung ab, bezugs Gründung einer Zählstelle des Zentral-Verbandes der Mauerer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Es wurde die Versammlung von Benckendorf A. S. t. e. i. n. b. e. r. g. um 9 Uhr eröffnet und sofort zur Abstimmung geschlossen. Die Gründung einer Zählstelle wurde mit 30 Stimmen beschlossen, hierauf wurde zur Wahl der örtlichen Verwaltung geschlossen. Es wurden gewählt zum Bevollmächtigten Kollege August Steinberg, zum Stellvertreter Kollege E. S. c. h. m. i. d. t., zum Kassier Kollege E. F. r. i. s. c. h. e. r., zum Stellvertreter Kollege J. R. a. g. e. l. b. u. r. g. zum Schriftführer Kollege A. l. e. x. e. r. d. u. d. e. i. n. und zu Revisoren die Kollegen S. e. n. e. c. k. e., H. i. e. g. e. n. b. e. i. n. und H. b. d. e. r. Ferner wurde beschlossen, jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Krohne die Mitgliederversammlungen abzuhalten.

Stettin. Am 19. d. M. fand im „Ruchpaus“ zu Friedebau unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Zunächst erfolgte die Verlesung des Protokolls von der letzten Versammlung, sowie die Abrechnung vom 2. Quartal 1894, welche von den Revisoren für richtig befunden und darauf der Kassier entlastet wurde. Im Punkt „Verliebten“ theilte der Bevollmächtigte den Mitgliedern mit, daß die Zählstelle Rixdorf nur 40 an Extrabeiträgen entrichtet, während die hiesige Zählstelle 60 an Extrabeiträgen entrichten muß. Da Rixdorf doch weit näher mit Berlin verbunden ist als Stettin und der Lohn hier bis auf 42 1/2 Pfennigen 45 Pf. heruntergegangen ist, so beschloß die Zählstelle, den Antrag an den Vorstand zu richten, um mit den Extrabeiträgen herabzusetzen zu wollen. Da sich im „Verliebten“ keine mehr zum Worte meldete und keine neuen Mitglieder zur Aufnahme sich meldeten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Stralsund. Am 21. Juli fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zählstelle statt. Es hatten sich auch mehrere Gegner des Verbandes eingefunden und entspann sich eine sehr lebhafte Debatte zwischen den Anhängern des Zentralverbandes und denen des Lokalverbandes. Trodem Derselben, die sich für Lokalorganisation interessieren, alles Mögliche thun, um den Zentralverband zu unterdrücken, liegen sich doch in der letzten Versammlung der Kollegen annehmen, und stehen auch die sämtlichen hier arbeitenden und dem Verbande angehörenden fremden Kollegen auf dem Boden der Zentralorganisation. Unsere Gegner hatten sogar die Kühnheit, uns zu sagen, die Zählstelle sei aufgelöst und wir hätten gar kein Recht, weiter zu tagen, worauf sie der Vorsitzende des Zentralverbandes einfach darauf hinwies, daß er seine Funktion sehr gut kenne und sich von Gegnern keine Vorurtheile machen lasse. Schluß der Versammlung 10 Uhr.

Stettin. Am Mittwoch, den 18. d. Mts., hielt die hiesige Zählstelle des Zentralverbandes der Mauerer Deutschlands ihre Mitglieder-Versammlung ab. Nachdem sich zwei Kollegen hatten aufnehmen lassen, wurde vom Kassier die Abrechnung vom zweiten Quartal verlesen, welche von den Revisoren für richtig befunden war. Dem Kassier wurde Entlastung erteilt. Zum vierten Punkt nahm S. s. e. w. i. c. h. das Wort und ersuchte den ersten Kassier, da er zu unseiner Zufriedenheit gearbeitet und seine Schuldbüchel gethan, das Amt weiter zu führen, womit dieser sich auch einverstanden erklärte. Das Amt eines zweiten Kassiers übernahm der Kollege R. i. c. h. a. r. d. W. a. d. l. i. n., auf Aufforderung des Bevollmächtigten, freiwillig. Dem Kollegen S. s. e. w. i. c. h. ist ein Schreiben übermittelt worden, daß jedes Auswärtige sich haben aufnehmen lassen. Kollege W. a. r. t. s. wünscht, daß zum Herbst eine öffentliche Mauerer-Versammlung stattfinden und ein Referat dazu beschloß sich. Abmann sprach sich Kollege S. c. h. m. i. d. t. über die traurige Lage der Mauerer Stettins aus. Vom letzten Vergangen betrug die Einnahme M. 40,25, die Ausgabe M. 24,70, mithin ist ein Ueberschuß von M. 5,55. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung.

Danzig. Eine öffentliche Mauerer-Versammlung tagte am 11. d. M. in der Mauererbörse, Schiffsamtsamt 28. Im ersten Punkt der Tagesordnung, Berichtserstattung über die Verhandlungen, betreffend die Lohnfrage, wurde vom Kollegen W. e. n. e. b. e. d. bekannt gegeben, daß der Durchschnittslohn 89 Pf. beträgt. Ferner wurde auf ein Waageschiff hingewiesen, welches laut Vohntarifen nur 20 Pf. die Stunde zahlt. Italienische Mauerer sollen noch 50 am Orte sein. Auf Anfrage der Lohnkommission habe der Meister F. e. r. z. o. die Aufzählung gegeben, daß die Sorge tragen zu wollen, daß etwa noch beschäftigungslose einheimische Mauerer zunächst eingestellt werden. Das Waageschiff W. a. s. i. e. m. s. t. i. z. a. l. t. z. a. l. t. ein Stunden-Durchschnittslohn von 35 Pf. Des Weiteren wurde bekannt gegeben, daß am 16. von dem General ausgehenden Sammelstein M. 78,45 und anderweitig noch M. 10,20 eingegangen sind, so daß die Gesamtsumme M. 288,55 beträgt. Ausgegeben wurden M. 100,41; der Ueberschuß soll, da weitere Ausgaben nicht zu machen sind, für die Gemeingegenstände Verwendung finden. Die Unterzeichneten verzichten auf Unterstützung. Auf von der Zählstelle des Verbandes verausgabten Listen gingen ein M. 188,85, welche gänzlich für Unterstützungen verausgabt wurden. Zu Revisoren wurden gewählt W. u. c. h. e. e., W. a. c. h. e. w. i. t. i. und W. a. i. v. e. l. l. Im „Verliebten“ wurde das Verhalten der italienischen und der hiesigen indifferenten Mauerer gerügt und ihnen die Schuld beigemessen, daß der Zimmererfreilich in's Wasser fiel. Zur Festsetzung des Lohnes finden jährlich vier Termine mit den Meistern statt und zwar am 1. Februar, 1. April, 1. August und 1. Oktober. Sodann nahm Kollege S. e. l. l. i. n. Veranlassung, das Ueberhandnehmen der Ueberforderung einer Kritik zu unterziehen. Er empfahl, die beiden Lohnkommissionen, Mauerer und Zimmerer, möchten bei den Meistern energisch vorgehen, damit diesem Unwesen ein Ende gemacht werde. Ein Antrag, der Lohnkommission ihre Besum-

Die Konferenz für Sachsen

wird am Sonntag, den 5. August, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Hoffnung“, Untere Georgstr. 1, in Chemnitz ihren Anfang nehmen.

Die Tagesordnung wird folgende Punkte umfassen: 1. Bericht der Delegirten über die Lage in den einzelnen Orten. 2. Agitation und Organisation. 3. Diskussion. Die Delegirten haben von ihrer Wahl dem Kollegen Fritz Paepow in Chemnitz, Grenzstraße 13, vorher Mitteilung zu machen. Das auf dem Bahnhofe anwesende Empfangscomité ist an roth-weißen Schleifen kenntlich. Joh. Hlaningk.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen.

Bekanntmachung.

Die in den neugegründeten Baustellen Ansbach und Bamberg gewählten Verwaltungsbeamten und der in der Baustelle Weichseln gewählte Kassierer, sowie der in der Baustelle Aiel neugewählte zweite Bevollmächtigte und Schriftführer sind vom Vorstand bekräftigt. Der Vorstand: J. K. Th. Schmeling, Vorsitzender.

In der Zeit vom 17. bis 24. Juli sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen: Von der dritten Verwaltung in: Hildesburg 14.7. M. 94.44, Schellen 20, Glückstadt 72.84, Dessau 78.87, Ahrensdorf 21.88, Nowawes 33.40, Leipzig i. P. 9.60, Teterow 60, Gr. Ackerleben 12, Leipzig 84.60, Etrafsand 67.66, Meuselwitz 8.67, Lebe 101.80, Dann, Müden 24.76, Drostof 65.86, Alt-Draßfeld 26.74, Gütrow 60, Tempelhof 10, Müschen 10, Wedel 23.24, Oberthausen 9.44, Eckernförde 60, Norderny 62.49, Riedinghausen 44.60, Neu-Bangow 14.62, Bargum 49.06, Warnemünde 19.08, Lübz i. M. 20, Summa M. 1184.22.

Hamburg, den 24. Juli 1894. J. Köster, Neue Brennerstr. 19, 2. Et., Hamburg-St. Georg.

Beachtung. Die in Nummer 29 d. Bl. für Teterow quittirten M. 842 sind nicht von Teterow sondern von der neugegründeten Baustelle Gr. Wokern eingekandt. D. D.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Statutarer Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit.“

Eingelieferte Beiträge Nr. 7. Sib: Aktion. In der Woche vom 16. bis 21. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Frankfurt a. M. M. 100, Braunschweig 50, Bergedorf 830, Meißelwitz 220, Bielefeld 65, Leipzig-Meißelwitz 100, Segeberg 80, Götting 150, Bielefeld i. d. R. 200, Zschornig 44.86, Weichenhausen 143, Hjelpe 200, Forst i. B. 100, Garg a. D. 76, Coeslin 100, Brandenburg a. H. 160, Nauen 150, Niesleben 130, Jagnd 100, Wenden 100, Stammheim 60, Rüdiger 70, Hennigsdorf 150, Löffel 95, Bahna 100, Düsseldorf 180, Königberg i. R. 180, Tiffel 100, Wandorf 60, Uelsen 100, Wiep a. D. 48.65, Stegitz 300, Cohn a. H. 100, Gurgagen 150, Celle 150, Hülbel-Wiebelbach 60, Straußberg 180.85, Hagen i. B. 60, Eisingen 100, Frankfurt a. D. 450, Müden i. S. 100, Freiburg i. B. 80, Eoblenhausen 150, Hildesheim 201.85, Eardthausen 75.86, Annaburg 100, Riefdorf 200, Kranienburg 200, Lindeburg 200, Charlottenburg 400, Solttau 190. Summa M. 6958.97.

Bußschick erhalten: Leipzig-Gohlis M. 100, Rönchewagen 100, Othberg 100, Vutter a. B. 76, Salsfurt 60. Summa M. 425. Aktion a, den 21. Juli 1894. St. Dietz, erster Hauptkassier, Friedrichsbadstraße 28.

Neupoderchau bei Meuselwitz. Desseutl. Bauhandwerker-Versammlung

am Sonntag, den 29. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: 1. Rothwendigkeit der gemeinschaftlichen Organisation. Referent: Kollege Jacob Weidzig. 2. Zweck und Nutzen der Konferenz in Chemnitz. 3. Wahl eines Delegirten zu derselben. (M. 1,65) Die Einberufer.

Sommer-Vergnügen der Baustelle Schellen, bestehend in Pretekeln, Preidshienen und Bass, findet am Sonntag, den 5. August, im Lokale des Herrn J. Trede (M. 1,65) statt - Anfang 4 Uhr. Alle umliegenden Baustellen, Freunde und Genossen laden hier freundlich ein. Das Festcomité.

Berlin.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Baustelle II Berlin.

Wander-Versammlung für Südosten am Sonntag, den 29. Juli, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale Admiralstraße Nr. 18.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 2. Quartal. 4. Berichtswesen. NB: Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Gäste haben Zutritt; neue Mitglieder werden aufgenommen. Pflicht jedes Mitgliedes ist es, zu erscheinen. Die örtliche Verwaltung.

Bekanntmachung.

Das Mitglied Wilhelm Müller, Buch-Nr. 19420, ist wegen Vergehens gegen § 16 des Statuts und das Mitglied Wilhelm Gebauer, Buch-Nr. 19402, ist wegen Zahlungsausfalls laut Verammlungsbeschluss der hiesigen Baustelle aus dem Verbands ausgeschlossen. Die örtliche Verwaltung der Baustelle Weichenf. Karl Went, Bevollmächtigter.

Achtung!

Die Mitglieder der Baustelle Hannover werden ersucht, ihre Statistikbücher in der nächsten Versammlung vorzulegen (Versammlungsbeschluss). Die Mitglieder Chr. Barke, Buch-Nr. 2241, Ernst Käppler, Buch-Nr. 6040, Ernst Crapenacker, Buch-Nr. 50355, werden ersucht, ihre Bücher dem Kassier abzugeben. Die örtliche Verwaltung.

Ich fordere den Kollegen Hermann Coglitz, Buch-Nr. 20905, geb. zu Belgern, hiermit auf, seinen Verpflichtungen der Baustelle Weichenf. haben gegenüber nachzukommen. Bant, den 22. Juli 1894. (M. -90) Der Revollmächtigte. S. Dugardt, Kreuzstraße 4.

Aufforderung.

Der Maurer W. Saaf, gebürtig aus Werden, wird gebeten, wichtiger Familienangelegenheiten halber seine Abreise sofort an der Unterzeichnenden einzufinden. (M. -90) S. Sautemann, Werden.

Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahnkarte u. zwei Orientations-(Straßen)karten. Mehr 2000 Reisetouren. Geb. in ganz Leinen M. 1.50. Wiederverkäufer erh. hohen Rabatt.

Versammlungs-Anzeiger

für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands etc. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.

Städt. Friedhof, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2. Nachen. Sonntag, 6. August, Abends 8 Uhr, bei Hofe Müller, Steinstraße 2.